SABOTAGE

kostenlos im Rhein-Neckar-Raum!

BEWEGUNGSMELDER
FÜR FUNDAMENTALE KRITIK
AN DEN BESTEHENDEN VERHÄLTNISSEN

Nr. 36

11/98

4. Jahrgang

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falck... 48 10997 Berlin
Tel. ... 62 49
Bl... 0670017787

EXPO NO IN HANNOVER • ABSCHOTTUNG EUROPAS • BEVÖLKERUNGSPOLITIK DER BRD • NEUES ZUM PASSAU-VERFAHREN • PROGRAMM DES JUZ MANNHEIM UND DES AUTONOMEN ZENTRUMS HEIDELBERG

»Töte den Körper ... und der Kopf wird sterben!«

Wir fanden es eigentlich ziemlich enttäuschend, daß sich trotz der überwiegend positiven *mündlichen* Reaktionen auf den in der letzten *Sabo* abgedruckten Leserbrief der „*Kinderkrankheit im Kommunismus*“ - »*Wie national ist die Linke?*« - letztendlich niemenschd dazu durchgerungen hatte, eine *schriftliche* Auseinandersetzung damit bei uns abzuliefern. Aber anscheinend scheint das Thema „Nationale Linke“ kein so Reizthema zu sein wie die Diskussion über die Demonstrationen zum Gedenken an die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, die Anfang 1998 die *Sabo*-Gemeinde *so* erhitzte, daß sich vier Monate schriftlich damit auseinandergesetzt wurde (siehe *Sabos* 01/98, 02/98, 03/98 und 04/98). Schade eigentlich, weil wir davon ausgingen, daß das von diesem Leserbrief ausgehende Provokationspotential ausreichen würde, bestimmte Gruppierungen innerhalb der radikalen Linken der Region zur Reaktion zu zwingen - vor allem, wenn mensch sich mal das letzte Drittel dieses Textes genauer anschaut: dort wimmelt es nämlich nur so von teilweise zu oberflächlich hineingestreuten, zu indifferent aneinandergereihten Seitenhieben auf „Lieblingskinder“ der radikalen Linken. Wir als Redaktionskollektiv jedenfalls werden uns auch weiterhin mit nationalrevolutionären Tendenzen beschäftigen, die diskursiven Einzug halten in Zusammenhänge, in denen sie **nichts** zu suchen haben, - und ihnen vehement entgegentreten.

Beschäftigt haben wir uns in den letzten Monaten auch mit den OB-Wahlen in Heidelberg (siehe vor allem *Sabos* 05/98 und 10/98). Ja, und jetzt haben sie am 18.10.1998 tatsächlich stattgefunden. Selbstverständlich auch mit dem vom Autonomen Zentrum Heidelberg (AZ) präsentierten Kandidaten der »extremen Mitte« - Peter Alexander Plattmann. Er ist mit seinen gerade mal 532 Stimmen zwar knapp an der 1%-Hürde gescheitert - aber wenn mensch bedenkt, daß einer seiner „Wahl“-Slogans »*Wählt misch bloß nett!*« lautete,

Inhaltsverzeichnis:

antifa

NPD-Aufmarsch in Bruchsal verhindern! 5

9. November 1998: Demonstration zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht in Weinheim 6

Was Sie schon immer über die Abschottung Europas wissen wollten 8

repression

Neues zum §129-Verfahren in Passau 11

antistaatlich-antikapitalistisch

EXPO NO - Denn die Welt sieht anders aus! 12

programmübersicht

Das Autonome Zentrum Heidelberg im November 16

neues aus den infoläden

„Zum 13.06.1995, dem Davor und Danach“ - Ehemalige Mitarbeiter der *radikal* melden sich zu Wort 18

sonstige sabotage

Bevölkerungspolitik und biotechnologischer Machbarkeitswahn in der BRD 20

Demos & Veranstaltungen 25

selbstverwaltet - antifaschistisch

Das JUZ Mannheim in Selbstverwaltung „Friedrich Dürr“ im November 32

viele Leute, die ihn gerne gewählt hätten, entweder nicht in Heidelberg gemeldet sind oder gleich gar nicht wählen dürfen, und der Rest, der ihn ganz sicher gewählt hätte (und dazu auch die Legitimation hatte), den Wahlsonntag dazu genutzt hat, die Folgen des Rausches vom Vortag unter physische Kontrolle zu bekommen, - dann sind 532 Stimmen - bei *der* »Konkurrenz«! - nicht einmal *so* wenig. Wie dem auch sei - das Spektakel „Plattmann" hat allen Beteiligten *so* viel Spaß gemacht und das Thema „AZ" (angesichts des Räumungstermins 31.01.1999) so oft wie nie **positiv** in die (massen)mediale Öffentlichkeit gebracht, daß er und die hinter ihm stehende »extreme Mitte« genug Sinn und Zweck darin erkennen konnten, ihn auch zum zweiten „Stich"-Wahlgang ins Rennen zu schicken. In ihm wird es am 8. November darum gehen, ob in den nächsten acht Jahren nochmal Betty Weber (Spezialdemo-

"Die autonome Linke ist keine fertige Formation für revolutionäre Veränderungen, und große Teile der Autonomen wollen auch keine festeren organisatorischen Strukturen. Sie ist eher Ausdruck von Rebellion als von Widerstand gegen Herrschaft. Sie ist trotz gelegentlicher Initiative und anderslautender Behauptungen eine defensive Richtung - was bei den Kräfteverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland kein Wunder ist. (...) Es ist kein Zufall, daß sie nicht in den Fabriken von ArbeiterInnen ins Leben gerufen wurde. Es ist kein Zufall, daß sie sich nicht als antipatriarchale Kraft mit Frauen an ihrer Spitze realisierte. Es ist kein Zufall, daß sie weiß und fast rein deutsch ist."

Klaus Viehmann

Impressum
SABOTAGE

erscheint monatlich, Auflage 600 St.
Redaktionsschluß ist jeweils der 20. des Vormonats!

Die *Sabotage* ist erhältlich bei:
Antiquariat Schöbel & Kube HD, AZ HD, Comeback MA, Copy Corner HD, Crazy Diamond HD, Der Andere Buchladen MA, JUMP Walldorf, JUZ MA, LP HD, Neckarpark MA, Nosferatu MA, Schwarzwurzel LU, Stoffwechsel MA oder im
Abonnement: für 5/10 Ausgaben 10/20,- DM in Scheinen oder Briefmarken an die Redaktionsanschrift
oder im **Internet:**
http://www.autonomes-zentrum.com/sabotage/sabotage.htm

HERAUSGEBER:
Autonomes Redaktionskollektiv HD

Redaktionsanschrift:
Sabotage
c/o Autonomes Zentrum
Alte Bergheimerstr. 7a
69115 Heidelberg
Fax: (0 62 21) 2 26 52
e-mail: sabotage@autonomes-zentrum.com

Namentlich gekennzeichnete Artikel stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Das **Redaktionskollektiv** entscheidet über Inhalt und Form der Zeitung. Zusendung von Artikeln ist erwünscht. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Zu den letztendlich abgedruckten redaktionsexternen Texten steht es in einem kritisch-solidarischen Verhältnis. Der Abdruck erfolgt honorarfrei.
anti-copyright: Nachdruck von Texten ist unter Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars ausdrücklich erwünscht.

Inhalte: Die *Sabotage* will Informationen, Positionen und Diskurse veröffentlichen, die durch den bürgerlich-kapitalistischen Medienapparat nicht zugänglich werden. Sie will Menschen aus verschiedenen politischen Bereichen die Teilnahme an Diskussionsprozessen innerhalb der revolutionären Linken ermöglichen.

ViSdP: Kalle Blomquist
Landwehrstr. 1997
44577 Castrop-Rauxel

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

kratin), die mittlerweile gar für das Amt der Bundespräsidentin vorgeschlagen wurde, oder aber Wolle Lachenauer (FDP-gelenkter, burschenschaftlicher „HEIDELBERGER") an der Spitze der Stadt stehen werden. Wir jedenfalls votieren nochmal für Plattmann, weil wir auch in Zukunft ein Autonomes Zentrum in dieser tourismuszerfressenen Stadt haben wollen. (Und weil das Interview in der letzten *Sabo* (Seiten 16/17) so gut ankam, wollen wir versuchen, den Peter nach dem 08.11. nochmal vors Mikro zu zerren. Vielleicht kommt er dann nochmal...)

Ja, und wie sieht es eigentlich bei uns im Redaktionskollektiv aus? Nun, wir haben irgendwann im Oktober festgestellt, daß wir die ganze Arbeit, die mit der Erstellung dieser seit dreieinhalb Jahren monatlich erscheinenden Zeitschrift verbunden ist, auf Dauer nicht mehr leisten können, wenn wir es nicht schaffen sollten, Menschen aus uns nahestehenden politischen Spektren zur „freien Mitarbeit" zu animieren. Wir werden deshalb in nächster Zeit direkt Leute ansprechen, von denen wir aufgrund der Tatsache, daß sie schon öfters in der einen oder anderen Form Artikel für die *Sabo* abgeliefert haben, davon ausgehen können, daß sie an verbindlicherer „freier Mitarbeit" interessiert sind. Dann könnten wir beispielsweise vielmehr Berichte über oder Meinungen zu Aktionen, Veranstaltungen, Demonstrationen in die Zeitschrift bringen, auf denen wir aus personellen Knappheitsgründen nicht persönlich anwesend sein konnten. Mehr Reflexionen, mehr unterschiedliche Statements, mehr kontextuelle Einbindungen einzelner Themenkomplexe könnte dem »Bewegungsmelder« wahrlich nicht schaden. Wie erfolgreich wir damit in den nächsten Wochen und Monaten sein werden, werdet ihr dann schon mitbekommen. An dieser Stelle wollen wir uns noch bei unseren AbonnentInnen entschuldigen, die die *Sabo* teilweise erst Ende des Monats erhalten haben. Wir geloben Besserung und hoffen, daß ihr diese Ausgabe einigermaßen termingerecht in den Händen haltet.

Dann gäbe es jetzt eigentlich nichts mehr zu sagen, außer vielleicht, daß im November szenetechnisch *so* viel los sein wird, daß die voluminösen sieben Seiten, die wir dafür veranschlagten, gerade mal so ausgereicht haben (Seiten 25 bis 31). Also dann: Zerreißt euch mal schön... - und regt euch über das etwas böse Zitat, das wir diesmal ausgewählt haben, bitte nicht so sehr auf. (Klaus Viehmann, selbst Mann, weiß, christlich-säkular sozialisiert und rein deutsch, neigt bisweilen zu radikalen, »ungerechten« Stellungnahmen.)

Gewidmet ist diese *Sabo* dem nigerianischen Flüchtling **Anusunwo Chukwudi Akubuo**. Er hat als engagierter »Karawane«-Aktivist im Sommer in zahlreichen Städten der BRD Flugblätter verteilt, mit PassantInnen über die politische Verfolgung in seinem Herkunftsland diskutiert und die teilweise verheerenden Lebensbedingungen von MigrantInnen in Deutschland angeprangert. Jetzt soll er - nach der Ablehnung seines Asylantrages - abgeschoben werden. Obwohl den Behörden bekannt ist, daß ihm - als Angehörigem der nigerianischen Oppositionsgruppe - **Pro-Democracy-Movement** - im Falle einer Abschiebung Festnahme und Mißhandlungen drohen. (*In Nigeria ist immer noch das „Dekret Nr. 2" in Kraft, das die Militärmachthaber in Lagos legitimiert, DissidentInnen zu verhaften und mehrere Monate ohne Prozeß festzuhalten.*) Aber das stört die rigide deutsche Abschiebemaschinerie auch nach dem rot-grünen Wahlsieg nicht im geringsten: „Seit Anfang Oktober sitzt Akubuo in Abschiebehaft in der Justizvollzugsanstalt Bützow in Mecklenburg-Vorpommern. Die für den 13.10.1998 geplante Abschiebung konnten der **Internationale Menschenrechtsverein** in Bremen und das Rostocker **Antirassistische Dokumentationszentrum** mit einer »*Urgent Action*« buchstäblich in letzter Minute verhindern. (...) Die Unterstützergruppen rufen dazu auf, massenhaft Protestbriefe zugunsten von Anusunwo Chukwudi Akubuo zu verfassen. Sie können an Rechtsanwalt Klapper in Rostock gefaxt werden.: 0381/2089941." (***junge Welt**, Freitag, 30.10.1998, Nr. 253, Seite 4 [Rubrik* politik])

Euer autonomes Redaktionskollektiv

NPD-Aufmarsch in Bruchsal verhindern!

Unseren Informationen zufolge rufen die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und deren Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) im November zu einem Aufmarsch durch die Bruchsaler Innenstadt auf. Wie schon im März und Juli dieses Jahres soll das Motto „Freiheit für Günter Deckert“ lauten.

Der 58jährige Weinheimer Günter Deckert ist ehemaliger Bundesvorsitzender der NPD und verbüßt zur Zeit eine mehrjährige Haftstrafe wegen Volksverhetzung und ähnlicher Delikte in der Justizvollzugsanstalt Bruchsal. Deckert meldete bereits zweimal aus der Haftanstalt heraus Aufmärsche an, die seine Person in den Vordergrund stellten. Erst im August dieses Jahres verurteilte das Bruchsaler Amtsgericht den Nazi erneut zu einer dreimonatigen Haftstrafe wegen Beleidigung eines Auschwitz-Überlebenden. Anfang November muß sich Deckert nun in einem weiteren Prozeß vor dem Mannheimer Landgericht verantworten. Aus diesem Grund will er durch eine weitere Faschistenversammlung auf sich aufmerksam machen und um Unterstützung während seiner Verhandlung buhlen. Unser Ziel ist daher, dies mit allen Mitteln zu verhindern und darüber hinaus den Nazis kein Forum für ihre rassistischen und nationalistischen Phrasen zu überlassen.

Am 21.03 sowie am 18.07. gelang es den Faschisten, unter Führung der NPD/JN ihre Demonstration durch die Innenstadt störungsfrei durchzuführen [siehe *Sabotage* 09/98, Anm. d. Red.]. Beide Male nahmen jeweils etwa 120 bis 150 Neofaschisten teil. Unter ihnen befanden sich auch einschlägig bekannte Nazikader aus der Region, wie zum Beispiel das Mitglied des Landesverbandes der NPD Baden Württemberg Eric Rößler und der JN-Beauftragte der Region Vorderpfalz und Hooligan-Anführer Christian Hehl aus Ludwigshafen. Die Demonstration wurde von jungen Stiefelfaschisten dominiert, die durch Trommeln, „Reichsfahnen“ und martialisches Auftreten auffielen.

Die JN stellen derzeit die bundesweit wichtigste Organisation dar, weil sie militanten Faschoskins und ideologisch gefestigten Neonazis als Sammelbecken dienen.

Angesichts der erschreckenden Großaufmärsche der letzten Monate, die von der NPD/JN organisiert wurden und mit mehreren tausend TeilnehmerInnen stattfanden, ist für uns die Haltung der Stadtverwaltung Bruchsal, auf ein Verbot der letzten zwei Nazi-Demonstrationen zu verzichten, um „die Sache nicht hochzuspielen“, inakzeptabel. Solche Aufmärsche und Kundgebungen dienen schließlich den neofaschistischen Parteien und Organisationen dazu, Jungfaschisten zu rekrutieren und sie enger an sich zu binden. Desweiteren verschaffte die Stadt den Faschisten somit eine Plattform, um ihre braune Propaganda weiter verbreiten zu können.

Für uns ist klar, daß wir uns nicht auf die Stadtverwaltung Bruchsal verlassen können, daß sie eine nächste NPD/JN-Kundgebung verbietet. Von Seiten sogenannter progressiver Organisationen - oder auch aus der Bevölkerung heraus - war in der Vergangenheit kein Protest gegen die Ignoranz der Stadtoberen und ebenfalls kein unmittelbarer Widerstand gegen die Nazis zu verzeichnen.

Darum werden wir mit aller Vehemenz versuchen, den für November geplanten Aufmarsch zu verhindern. Wir fordern alle AntifaschistInnen und fortschrittlichen BürgerInnen Bruchsals dazu auf, sich uns anzuschließen, um gemeinsam mit uns den geplanten Aktionen der NPD/JN entschlossen entgegenzutreten.

Zusammen kämpfen
gegen Faschismus und Naziterror!

[genauere Informationen unter: 06221/23793]

es rufen auf:

Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN), Autonomes Zentrum Heidelberg, Jugendzentrum in Selbstverwaltung Mannheim, Jugendtreff G.R.A.U. Neustadt, *Sabotage* Zeitung Heidelberg

9. November 1998

Demonstration zum 60. Jahrestag der Reichspogromnacht

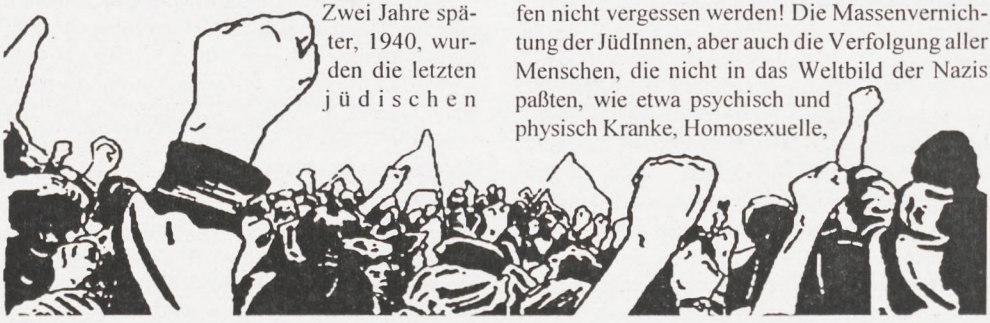
Am 7. November 1938 schießt der 17jährige Jude Herschel Grünspan als Reaktion auf die Gestapo-Übergriffe auf seine Familie und die Abschiebungen polnischer JüdInnen aus Deutschland auf den deutschen Gesandtschaftsrat Ernst von Rath in der Pariser Botschaft. Von Rath erliegt zwei Tage später seinen Verletzungen, und die Nationalsozialisten stellen den Vorfall umgehend als Anschlag des *„Weltjudentums"* auf das deutsche Volk dar.

In München hält der Propagandaminister Joseph Goebbels eine Hetzrede gegen JüdInnen, die zur Anheizung der Pogrome in der Nacht zum 10. November dient und die Verfolgungsaktionen einleitet. In ganz Deutschland werden über 117 Synagogen in Brand gesteckt, mehr als 8000 jüdische Geschäfte geplündert und mindestens 91 Jüdinnen und Juden ermordet. Die jüdische Bevölkerung erfuhr in dieser Nacht nur sehr vereinzelt Schutz vor den Nazihorden, da sich der Großteil der Bevölkerung passiv verhielt und die Deutschen die Verfolgung der JüdInnen schweigend hinnahmen, duldeten oder sogar aktiv dazu beitrugen. Die Reichspogromnacht leitete die Verschleppung der JüdInnen in die Konzentrationslager ein – auch in Weinheim. In der Kleinstadt an der Bergstraße wurde in den frühen Morgenstunden des 10. Novembers 1938 die Synagoge von SA-Leuten gesprengt. Gleichzeitig wurden die Schaufenster jüdischer Geschäfte eingeschlagen.

Aufruf zum Boykott gegen jüdische Geschäfte der NSDAP • 1933

Zwei Jahre später, 1940, wurden die letzten jüdischen WeinheimerInnen zusammen mit sechs Patienten der Kreispflegeanstalt deportiert. Von diesen Menschen sind acht in Konzentrationslagern in Frankreich ermordet worden, sechzehn sind für immer verschollen, acht hatten noch die Chance zur Flucht und weitere fünfzehn JüdInnen wurden in Auschwitz von den Nazis umgebracht.

Die Pogrome, die von den Nationalsozialisten zynisch als *„Reichskristallnacht"* bezeichnet wurden, stellten nur den vorläufigen Höhepunkt der Verfolgung der europäischen JüdInnen dar. Die weitere Verfolgung und systematische Ermordung dieser Bevölkerungsgruppe in Konzentrations- und Vernichtungslagern und die Erschießungen unzähliger unschuldiger Menschen dürfen nicht vergessen werden! Die Massenvernichtung der JüdInnen, aber auch die Verfolgung aller Menschen, die nicht in das Weltbild der Nazis paßten, wie etwa psychisch und physisch Kranke, Homosexuelle,



Sinti und Roma, überzeugte ChristInnen oder politische GegnerInnen wie SozialistInnen und KommunistInnen, sollten uns heute noch zu Toleranz und Menschlichkeit mahnen.

Daher wollen wir am 9. November ein Zeichen setzen, um an die Pogrome und die millionenfachen Morde der Nazis zu erinnern und vor allem, um die Opfer nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Beteiligt Euch!

Heute, 53 Jahre nach der Zerschlagung des Nazifaschismus, erleben neofaschistische Gruppen einen regen Zulauf, und täglich werden Menschen anderer Hautfarbe von Neonazis angegriffen, verletzt oder beschimpft. Während die Pogrome von Hoyerswerda, Rostock und Mannheim-Schönau und die Morde von Mölln und Solingen in den Medien thematisiert und weitestgehend gesellschaftlich geächtet wurden, so finden wir heute eine bedrückend andere Situation vor. Humanistische Stimmen in der Öffentlichkeit sind verklungen, gewichen einem Schweigen, das entweder Rückzug oder gar Zustimmung bedeutet. Der tagtägliche Naziterror findet, bis auf wenige Ausnahmen, in den meisten Medien keine Erwähnung mehr. Während sich das gesellschaftliche Klima in der BRD stetig nach rechts verschiebt und selbst etablierte Parteien zunehmend soziale Probleme auf den Rücken von AusländerInnen und MigrantInnen abwälzen, erleben faschistische Organisationen wie die NPD einen dramatischen Zulauf, insbesondere von jungen Menschen.

Der explosionsartige Anstieg rechter Gewalttaten seit 1997 und das Anwachsen diverser Nazigruppierungen finden in einer Situation statt, in der Rassismus fester Bestandteil der Gesellschaft geworden ist. Auf den Wahlerfolg der faschistischen DVU (Deutsche Volks Union) in Sachsen-Anhalt reagierte beispielsweise die CSU mit einer Klausurtagung unter dem Motto: „*Deutschland - kein Einwanderungsland; Ausländerzuzug auf Null reduzieren*".

In diesem gesellschaftlichen Klima breitet sich rassistisches und nationalistisches Gedankengut immer mehr unter Jugendlichen aus. Inzwischen hat sich in Deutschland eine feste faschistische Subkultur herausgebildet, in die immer mehr junge Leute hineinwachsen. Neben der erfolgreichen Rekrutierung durch Gruppen wie der NPD und den Jungen Nationaldemokraten (JN) vergrößert sich auf diesem Wege die faschistische Szene ständig weiter. Einhergehend mit diesem Trend werden immer mehr Menschen Opfer rassistischer Angriffe.

Auch in Weinheim verletzten Neonazis seit Ende letzten Jahres mehrere Menschen bei Überfällen auf das Café Central. Zuletzt griffen etwa 40 vermummte Faschisten eine Geburtstagsfeier von ausländischen Jugendlichen im Mai 1997 an und verletzten drei Personen schwer.

Daneben sind in vielen Weinheimer Schulen kleinere Cliquen junger rechtsradikaler Skinheads auszumachen, und in der Region taucht faschistische Propaganda von NPD und JN massenhaft auf. Dieser Entwicklung werden wir uns entgegenstellen! Mit der Demonstration am 9. November wollen wir nicht nur an die Vergangenheit erinnern, sondern auch ein Zeichen gegen den erstarkenden Neofaschismus und den Rassismus in der Gesellschaft setzen. Es geht heute um das gemeinsame Zurückdrängen faschistischer Tendenzen, gerade unter Jugendlichen, und um aktive Einmischung. Es liegt an uns allen, für Toleranz und Menschlichkeit einzustehen und die Opfer rassistischer Gewalt zu schützen.

Also, auf zur Demonstration
am 9. November in Weinheim!

- **Jugend Antifa Weinheim**
- **Antifaschistische Jugend Aktion HD**
- **Autonome Antifa Heidelberg**

Kontakt:
c/o Infoladen Moskito
Alte Bergheimerstraße 7a
69115 Heidelberg
Tel/Fax: (0 62 21) 2 26 52

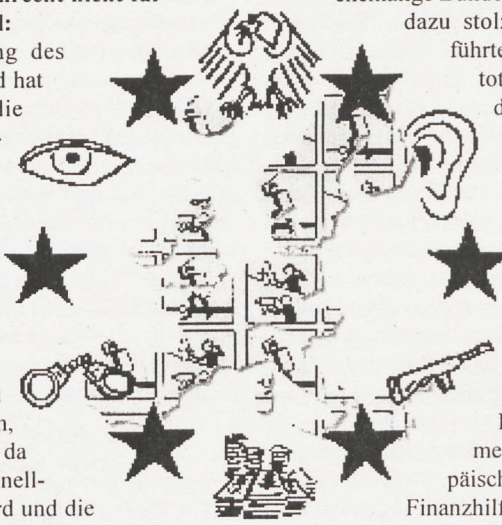
Was Sie schon immer über die Abschottung Europas wissen wollten

Wie bereits in der Oktoberausgabe angekündigt, bringen wir hier nun den zweiten (leicht gekürzten) Teil der Reihe „Was Sie schon immer über ... wissen wollten" der Antifaschistischen Jugendaktion Heidelberg (AJA). In ihm setzt sich die Gruppe mit der auch unter der „neuen" Regierung forcierten Abschottung Europas auseinander. -sabotage

Freizügigkeit ist Menschenrecht, erklären bürgerliche PolitikerInnen, Zeitungen und GemeinschaftskundelehrerInnen gerne, und verweisen stolz auf den Abbau der Binnengrenzen in der Europäischen Union. Reisefreiheit ohne Grenzkontrollen wird als eine der vier „Freiheiten" des EU-Binnenmarktes gefeiert, doch schon auf den zweiten Blick fällt auf, daß dieses Menschenrecht nicht für alle Menschen gelten soll:

Seit der Abschaffung des Asylrechts in Deutschland hat kein Flüchtling mehr die Möglichkeit, in Deutschland Zuflucht zu bekommen, der über einen sogenannten sicheren Drittstaat eingereist ist. (Alle Staaten um Deutschland sind solche „sicheren" Drittstaaten.) Auch wer das Glück und das Geld hat, mit dem Flugzeug zu fliehen, hat wenig Chancen, aufgenommen zu werden, da über den Antrag oft in Schnellverfahren entschieden wird und die Einspruchsfrist äußerst knapp ist. Jedenfalls ist es in Deutschland bzw. EU-Europa kaum noch möglich, legal Asyl zu bekommen, so daß denjenigen, die trotzdem fliehen müssen, nur noch die Möglichkeit der illegalen Einreise über die Oder-Neiße-Grenze bleibt.

Deshalb werden Außengrenzen der EU immer stärker aufgerüstet, die Berliner Mauer an der Oder-Neiße-Grenze wieder aufgebaut.



Über 10000 BundesgrenzschützerInnen, PolizistInnen und ZollbeamtInnen stehen an der deutschen Ostgrenze bereit, um mit modernster Technik (z. B. Infrarotüberwachung) Flüchtlinge vor allem aus Osteuropa davon abzuhalten, ihrer durch den Kapitalismus geschaffenen Armut zu entrinnen. „Eine höhere Polizeidichte besteht an keiner anderen Grenze in Europa", erklärte der ehemalige Bundesinnenminister Kanther dazu stolz. Diese Polizeidichte führte schon zu zahlreichen toten Flüchtlingen, die in der Oder beziehungsweise Neiße ertrunken sind. Wird ein Flüchtling an der grünen Grenze aufgegriffen, kann dieser dank Rücknahmeverträge mit den osteuropäischen Staaten gleich abgeschoben werden. Im Gegenzug für diese Rückführungsabkommen bekamen die Osteuropäischen Staaten großzügige Finanzhilfen zum Aufbau ihrer eigenen Abschiebemaschinerie, wobei die Technik meist aus Deutschland exportiert wurde. So ist ein „breitgefächertes, mehrstufiges Eindämmungssystem" (Bundesinnenministerium) gegen Menschen aus der sogenannten „3. Welt" entstanden.

Die Überwachung der Grenzen ist nach dem Abbau der Grenzkontrollen in den Schengenländern (siehe Kasten) nicht aufgehoben worden.

Sie wurde nur in sogenannte „Sicherheitsschleier" verlagert. In diesem etwa 30 Kilometer tiefen Raum längs der Grenzen werden verdachtsunabhängige Kontrollen durchgeführt, wobei die Kontrollierten nach rassistischen Kriterien ausgewählt werden. Alle, die nicht dem Aussehen durchschnittlicher MitteleuropäerInnen entsprechen, werden grundsätzlich verdächtigt, „illegal" einwandern zu wollen, und überprüft. Auch an den offiziellen Grenzübergängen und -flughäfen ist dieses rassistische Selektionssystem gang und gäbe: Reisende werden sorgfältig in BürgerInnen der EU und Drittstaatenangehörige unterteilt, wobei letztere peinlich genau kontrolliert werden. Auch bei EU-BürgerInnen werden Stichproben gemacht, wieder vorwiegend - wen wundert es? - bei „ausländisch" aussehenden Menschen.

Als Anfang 1998 zahlreiche kurdische Flüchtlinge in Italien landeten, nutzte dies Manfred Kanther als Vorwand, die Anpassung der europäischen Asylpolitik an das hohe deutsche Niveau zu fordern. Unverhohlen drohte er der italienischen Regierung mit Konsequenzen, sollte diese nicht Sofortmaßnahmen gegen die kurdischen Flüchtlinge ergreifen und endlich die Adria besser überwachen.

Österreich, dessen Regierung von ähnlichen Überfremdungsängsten geplagt wird, führte zwei Monate nach Inkrafttreten des Schengener Vertrages seine Grenzkontrollen an der österreichisch-italienischen Grenze wieder ein, und Deutschland erweiterte die Schleierfahndung des Bundesgrenzschutzes an der Grenze zu Österreich und Frankreich aus, um die „illegal und verbrecherisch organisierte Wanderbewegung kurdischer Flüchtlinge" (Ex-Innenminister Kanther) an der deutschen Grenze zu stoppen.

In Zittau (Sachsen) wurden Taxifahrer mit Prozessen überzogen, weil sie AusländerInnen ins Landesinnere beförderten. Laut Forschungsgesellschaft „Flucht und Migration" soll inzwischen gegen 22 von 73 registrierten TaxifahrerInnen im Landkreis ermittelt werden. Die Strafen der Gerichte fallen relativ hoch aus: Höhepunkt ist ein Urteil des Amtsgerichts Zittau, das einen

Schengener Abkommen

Schengen ist ein kleiner Ort in Luxemburg. Dort beschlossen die Bundesrepublik, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg 1985, die Kontrollen an den Binnengrenzen abzubauen und dafür die Grenzen zu den anderen Nicht-EU-Nachbarn um so strikter gegen Flüchtlinge abzuschotten. Dafür wurde das Asylgesetz harmonisiert und die Visavergabe koordiniert und vereinheitlicht, wodurch sich die Zahl der visaplichtigen Länder insgesamt erhöht hat. Alle Flüchtlinge haben außerdem nur noch einmal die Möglichkeit, ein Asylverfahren anzustreben (und nicht wie früher nochmal in einem anderen EU-Land, falls der Antrag im ersten abgelehnt wurde).

Das Schengener Abkommen trat am 26. März 1995 zwischen den fünf Gründerstaaten, sowie Spanien und Portugal in Kraft und steht für die hermetische Abriegelung EU-Europas nach raußen. Inzwischen ist Italien und Österreich beigetreten. Griechenland, Schweden, Finnland und Dänemark sind zwar auch Mitglieder des Abkommens, haben es aber noch nicht in Kraft gesetzt.

Das Schengener Abkommen ist Prototyp für ein von der CDU gefordertes "Kerneuropa"-Modell, nach dem Verträge nicht nur zwischen allen EU-Mitgliedern abgeschlossen werden können, sondern auch zwischen einigen wenigen. Die anderen Mitglieder werden dann, so das Kalkül, aus Angst, von der europäischen Integration abgehängt zu werden, mitziehen. Auf diese Weise kann das bisher übliche Konsensprinzip in der EU unterlaufen werden, das gerade der deutschen Regierung ein Dorn im Auge ist, da sie für die schnellstmögliche EU-Osterweiterung ist, die aufgrund der geographischen Nähe hauptsächlich der BRD Vorteile bringen würde.

Taxifahrer zu zwei Jahren und zwei Monaten Haft verurteilte. Die Zittauer Taxizentrale bat daraufhin das zuständige Landratsamt Löbau-Zittau um die Bestätigung, daß künftig „generell ausländische Personen abgelehnt werden können". Widerstand gab es dagegen von bisher ca. 200 TaxifahrerInnen, die eine sogenannte Görlitzer Erklärung unterschrieben, in der es u. a. heißt: *„Wir werden auch in Zukunft Menschen 'ausländischen Aussehens, mit schlechten Deutschkenntnissen, viel Gepäck und nasser Kleidung' zu den geltenden Beförderungsbedingungen zu ihrem Fahrtziel bringen"*.

ARNie INFO EXPRESS
Infogrundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar

- ★ herausgegeben vom Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar (AARN)
- ★ enthält Veröffentlichungen des AARN und seiner Mitgliedsgruppen
- ★ mit großer regionaler Presseschau und den aktuellen Ansagen vom Garfield-Infotelefon
- ★ mit "Kurz & LINKS Bündig
- ★ Veranstaltungs- und Termine-Übersicht
- ★ erscheint zum 15. jeden Monats - schließt die Informationslücke in der Monatsmitte

ARNie gibt es:
❑ für 4,- DM pro Ausgabe
❑ im Abo zzgl. 1,- DM Versand
❑ Soli-Abo für 60,-/?DM/ 10 Ausgaben
Briefmarken oder Scheine an:
ARNie; Postfach 1232; 69236 Neckarsteinach

Ziel der momentanen Flüchtlingspolitik ist aber nicht die vollständige Abschottung nach draußen, vielmehr soll ein Instrumentarium geschaffen werden, das es möglich macht, die Wanderbewegung zu steuern, zu kontrollieren, zu selektieren, kurz: "in den Griff zu bekommen", wie es ein Mitglied einer offiziellen Kommission zum Thema formulierte. Die Flüchtlinge, die 'reingelassen werden, werden in die Illegalität gezwungen und müssen zu Hungerlöhnen arbeiten, oder sich prostituieren.

Da die Situation auf dem Arbeitsmarkt gerade schlecht ist, sind die PolitikerInnen von SPD, CDU, DVU bis NPD bemüht, fast alle Flüchtlinge aus Deutschland 'raus zu schmeißen bzw. sie gar nicht erst rein zu lassen. Doch auch die deutsche Bevölkerung hilft kräftig mit: In der Umgebung der brandenburgischen Stadt Forst arbeitete der BGS jahrelang mit mehreren Bürgerwehren zusammen, die Jagd auf vom Staat illegalisierte MigrantInnen machten. Erst nachdem der Fall öffentlich wurde, distanzierte sich der Bundesgrenzschutz offiziell von den Bürgerwehren. Diese reagierten trotzig auf den "Verrat" durch den BGS. So klagte ein Mitglied einer Bürgerwehr bei der *Lausitzer Rundschau: „Jahrelang sind wir auf unseren Streifen nie kontrolliert worden. Jetzt werden wir ständig kontrolliert."*

Doch die Bürgerwehren werden wahrscheinlich nicht aufgelöst, sondern in das Konzept der „Sicherheitspartnerschaften" überführt und können damit bestehen bleiben.

Die Industriestaaten Europas werden durch das Abkommen von Schengen hermetisch nach außen abgeriegelt. So soll der Wohlstand der Reichen in der Welt bewahrt werden. Die Kehrseite dieses Überflusses, die weltweite Armut, die durch den "freien" Markt produziert wird, soll draußen bleiben und vergessen werden.

Doch die Grenze verläuft nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Oben und Unten!

Deshalb fordern wir:

Offene Grenzen für alle!
Für eine gerechte Güterverteilung!

Antifaschistische Jugendaktion Heidelberg

Neues zum §129-Verfahren in Passau

Nachdem durch die Durchsuchungen insgesamt 28 Ermittlungsverfahren bekannt geworden sind, erhielten mittlerweile drei weitere Personen Vorladungen von der jeweils örtlichen Kriminalpolizei. Dabei handelt es sich in zwei Fällen um PassauerInnen und in einem Fall um ein/e BerlinerIn. Darüber hinaus bekamen in den letzten Monaten drei PassauerInnen Vorladungen als ZeugInnen.

Während Beschuldigte nicht verpflichtet sind, Angaben zur Sache zu machen, müssen ZeugInnen laut Gesetz ihr gesamtes Wissen an die Strafverfolgungsbehörden weitergeben. Die drei betroffenen ZeugInnen leisteten der Vorladung zur Polizei (bayerisches Landeskriminalamt) keine Folge. Eine der drei erhielt bisher eine Vorladung zur Staatsanwaltschaft, der sie nun Folge leisten muß. Mehrere Beschuldigte erhielten zwischenzeitlich „Teilakteneinsicht". Darin wird ausgeführt, wieso gerade sie durchsucht wurden. Als kriminell erscheint dem bayerischen LKA hierbei zum Beispiel, daß ein Beschuldigter sich 1991 gegen den Golfkrieg oder gegen die alljährlichen faschistischen DVU-Großveranstaltungen in Passau engagierte.

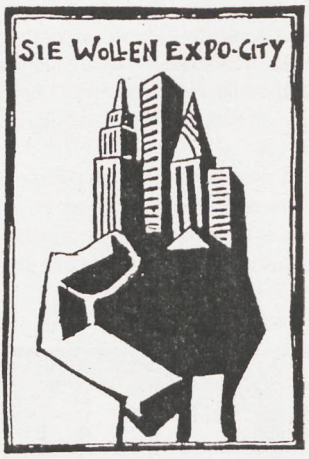
In Passau gründete sich mittlerweile eine Solidaritätsgruppe namens „Komitee für kritische Öffentlichkeit". In ihr schlossen sich Eltern der Betroffenen sowie SymphatisantInnen zusammen, um gemeinsam für eine kritische Öffentlichkeit zu sorgen. Die Gründung dieser Solidaritätsgruppe war unmittelbare Reaktion auf eine Informationsveranstaltung in Passau, zu der über 100 interessierte BürgerInnen erschienen.

Am 26. September fand in Passau eine Demonstration gegen das jährliche faschistische DVU-Großtreffen statt. Unter dem Motto *„Antifaschismus ist notwendig, nicht kriminell! Wählt den antifaschistischen Kampf!"* demonstrierten über 1000 AntifaschistInnen gemeinsam gegen das DVU-Treffen und die anti-antifaschistische Vorgehensweise deutscher Behörden gegen antifaschistischen Widerstand.

Antifaschistische Aktion Passau

EXPO NO - denn die Welt sieht anders aus!

Im Jahr 2000 soll in Hannover die Weltausstellung EXPO 2000 stattfinden. Als die Idee dazu Ende der 80er Jahre vorgestellt wurde, standen noch die lokalen Kapitalinteressen der hannoverschen „Deutsche Messe AG" im Vordergrund. Das Projekt sollte ein immenses Wirtschaftsförderungsprogramm werden, das der Messe AG in kürzester Zeit den Ausbau und die Modernisierung ihres Messegeländes und der Verkehrsinfrastruktur bringen sollte, um im Konkurrenzkampf der Messestandorte weiter eine der ersten Geigen spielen zu können. Ein Konzept, das sich nicht nur auf das Messegelände selbst beschränkte, sondern in Hannover immer wieder Motor und Argument war, um die gewünschte Stadtumstrukturierung im Sinne der derzeit überall dominierenden Standortlogik zu forcieren. Heute ist die EXPO weit mehr als eine der üblichen Großveranstaltungen: Wir sehen in der EXPO 2000 eine groß angelegte Propagandashow zur Durchsetzung der Zukunftsentwürfe der Herrschenden, die nicht nur uns rund um Hannover angeht, sondern alle, die sich mit der bestehenden Weltordnung immer noch nicht abfinden wollen und Widerstand dagegen leisten. (...)



Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover

Vom 1. Juni bis 31. Oktober 2000 präsentieren sich Regierungen von mehr als 170 Staaten in sogenannten „Länderpavillons", Großunternehmen zum Teil ebenfalls mit eigenen Pavillons sowie internationale Organisationen (EU, UNO, Rotes Kreuz, ...). Veranstalterin der EXPO 2000 ist die Bundesregierung, Vorbereitung und Durchführung wurde an die eigens gegründete EXPO 2000 GmbH übertragen. Auf fünf der zehn Sessel im Aufsichtsrat der EXPO GmbH sitzen Vertreter der deutschen Wirtschaft, die restlichen fünf teilen sich Vertreter der Bundesregierung, des Landes Niedersachsen, der Stadt Hannover und ein Gewerkschaftsfunktionär. Unter dem Motto „Mensch - Natur - Technik" soll den erwarteten 20 Millionen BesucherInnen vor allem in einem sogenannten Themenpark „Lust auf Zukunft" gemacht werden. Über Hannover hinaus sollen die EXPO-Inhalte erstmals auch durch sogenannte „Dezentrale Projekte" in Niedersachsen, der BRD und weltweit verbreitet werden. Die damit einbezogenen Projekte haben sich - wie alle anderen EXPO-Beiträge auch - an der Nachhaltigkeitskonzeption der Agenda 21[1] zu orientieren und sollen für eine breite Akzeptanz und einen zusätzlichen grünen Anstrich der Großveranstaltung sorgen. Angesprochen werden sollen durch die EXPO vor allem Kinder und Jugendliche, die für die Problemsicht der Herrschenden und die präsentierte Technik gewonnen werden sollen.

Tatsächlich ist die EXPO 2000, wie auch schon die erste Weltausstellung von 1851 in London, nichts anderes als ein Schaufenster der „industriellen Revolution" und des Imperialismus, eine Selbstinszenierung von patriarchalem Technikfetischismus und kapitalistischer Macht. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Bei Weltausstellungen geht es darum, Fortschrittsglauben zu verbreiten und Identifikation mit dem Kulturverständnis der Mächtigen zu festigen. Früh in der Geschichte der EXPO wurde von den MacherInnen erkannt, daß die Präsentation technischer Neuerungen allein nicht ausreicht, sondern zur Akzeptanzschaffung ideologisch untermauert werden muß. Ein recht passendes Beispiel dafür ist das Motto der Weltausstellung in Brüssel 1958, „Bilanz der Welt für eine

menschliche Welt". Mit dem Wahrzeichen des Atomiums wurde damals für die „friedliche" Nutzung der Atomenergie geworben, so wie heute in Hannover unter dem Vorzeichen der Agenda 21 für die Gentechnologie geworben wird. So kann es kaum verwundern, daß als Wahrzeichen der EXPO 2000 eine riesige Darstellung des menschlichen DNS-Strangs in der Diskussion war.

Inhalte der EXPO 2000

Die EXPO hat sich nichts geringeres vorgenommen, als „Lösungen" für die „globalen Probleme" wie Armut, Hunger und Umweltzerstörung zu präsentieren:

„Die EXPO 2000 [...] soll an der Schwelle zu einem neuen Zeitalter ein völkerverbindendes Signal für die Menschen setzen. Ein Signal dafür, daß wir erkannt haben, daß wir Menschen auf dieser Erde alle zusammen in einer Welt leben. Es macht keinen Sinn mehr, uns in eine erste, zweite, dritte oder vierte Welt aufzuteilen, wenn wir neue Weg suchen. Wege, damit Menschen einen menschenwürdigen Lebensstil in Freiheit und Selbstbestimmung finden können und zugleich künftig das Gleichgewicht des globalen Ökosystems besser gewährleisten und das friedliche Miteinander nicht gefährden." (EXPO GmbH 1995)

Probleme, Wege und Lösungen sollen vor allem im Themenpark präsentiert werden, der in die Themenschwerpunkte *„Der Mensch"*, *„Umwelt: Landschaft, Klima"*, *„Basic Needs"*, *„Die Ernährung"*, *„Die Gesundheit"*, *„Die Energie"*, *„Die Mobilität"*, *„Die Zukunft der Arbeit"*, *„Wissen: Informationen, Kommunikation"*, *„Die Zukunft der Vergangenheit"* und *„Das 21. Jahrhundert"* untergliedert ist. Die Konzeptionen hierfür werden von LobbyistInnen vor allem aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik entwickelt. Mit allen Bereichen soll dieselbe Botschaft transportiert werden: Es gäbe keine Alternative zum Kapitalismus; nur durch „Globalisierung", „Liberalisierung" und „freien Welthandel" ließen sich die Probleme der Welt lösen. Die alle Widersprüche glättende Strategie, um diese Botschaft durchzusetzen, heißt „Nachhaltige Entwicklung".

Alleskleber „Nachhaltige Entwicklung"

Zentrales Werk der „Nachhaltigen Entwicklung" ist die Agenda 21. Diese haben die EXPO-MacherInnen - händeringend auf der Suche nach Inhalten, die diese Mammutschau rechtfertigen - erst relativ spät, nämlich 1994, für sich entdeckt. Die Agenda 21 ist das „Aktionsprogramm", das als Ergebnis der UN-Umweltkonferenz in Rio 1992 beschlossen wurde.

„Nachhaltige Entwicklung" wird in diesem UN-Bericht als Entwicklung definiert, „die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können." Das Konzept behauptet, es wäre möglich, gleichzeitig Wirtschaftswachstum, Ressourcenschonung und den Abbau der weltweiten sozialen Ungleichheiten zu erreichen - selbstverständlich unter Beibehaltung bzw. durch die Intensivierung der bestehenden patriarchal-kapitalistischen Weltordnung. Tatsächlich ist die Nachhaltige Entwicklung ein von oben betriebenes Programm zur Modernisierung der Herrschaftsverhältnisse.

„Alle in einem Boot"

In den Konzepten zur „Nachhaltigen Entwicklung", die von der EXPO übernommen werden, sind Herrschafts- und Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Norden und Süden ausgeblendet. Es wird ein Weltbild frei von Interessengegensätzen konstruiert. Die Botschaft lautet: Wir sitzen alle in einem Boot. Über diese Strategie und aufgebauten moralischen Druck werden KritikerInnen zur Mitarbeit am kapitalistischen Weltrettungskonzept, zu dem es keine Alternative gäbe, genötigt: Eine „Ethik globaler Verantwortung" zwinge uns alle in die Bootsriemen und zum Rudern in die eine Richtung. Verantwortlich für die Probleme seien irgendwie „wir alle", und wer sich weigert mitzurudern, mache sich schuldig am Weltuntergang.

Nach dieser Logik können die Ursachen für Armut, Hunger, Kriege und Umweltzerstörung

auch nicht in rassistischer und patriarchaler Herrschaft und kapitalistischer Ausbeutung von Mensch und Umwelt liegen. Als Ursache für all diese Probleme wird im nachhaltigen Weltbild und den Broschüren der EXPO GmbH statt dessen einmal mehr die Legende von der „Bevölkerungsexplosion" in den armen Ländern des Südens bemüht. Da offensichtlich repressive Bevölkerungskontrollmaßnahmen zunehmend am Widerstand betroffener Frauen scheitern, werden Kontrollmaßnahmen heute subtiler unter dem Stichwort „Empowerment", das heißt als (scheinbare) Stärkung der Rolle der Frauen verkauft: Die Experten wollen Frauen den Zugang zu Bildung und Erwerbsquellen vor allem deshalb verschaffen, weil Bildung und Wohlstand - nach westlichem Vorbild - die „Geburtenraten" senkten. Die Mittel werden modernisiert, der technokratische Zugriff, der Menschen nur als Zahlen wahrnimmt, bleibt der gleiche.

Das gesamte Konzept „Nachhaltige Entwicklung" ist geprägt von solchen patriarchalen Rollenzuschreibungen: Männer entwerfen Weltrettungspläne, definieren sich als Experten, die die Lage dank modernster Technologie weltweit „im Griff" haben und den technologischen Zugriff auf die Welt per „Effizienzrevolution" optimieren. Frauen haben zu funktionieren: indem sie im Norden artig den von Männern ersonnenen Müll sortieren, damit die kostbaren Ressourcen nicht im privaten Konsum verschwendet werden, sondern der Industrie zur profitableren Ausbeutung zur Verfügung stehen, und indem sie im Trikont dafür sorgen, daß das zum zentralen Problem bestimmte „Bevölkerungswachstum" ein Ende habe. (...)

„Das Bild der Deutschen im Ausland"

Bedeutung hat die EXPO 2000 auch als nationales Großprojekt...

Die BRD-Regierung will das „weltoffene und fröhliche Fest" EXPO 2000 nutzen, um zehn Jahre „Wiedervereinigung" abzufeiern und die NS-Vergangenheit endgültig als abgeschlossenes Kapitel der Geschichte zu besiegeln. Im Kampf um Märkte und Ressourcen will die BRD weg vom Image des bedrohlichen Großdeutschland. Solchermaßen von der Bürde der Nazivergangenheit befreit, hat die BRD keine Skrupel mehr, ihren politischen und ökonomischen Führungsanspruch weltweit auch militärisch durchzusetzen. Auch diese nationalistischen, geschichtsrevisionistischen und imperialistischen Aspekte der EXPO 2000 machen unserer Meinung nach Widerstand gegen dieses Projekt erforderlich.

EXPO demaskieren...

Die EXPO ist nicht „verantwortlich" für die beschriebenen Formen modernisierter Herrschaftssicherung. Die EXPO hat lediglich die Funktion, für diese „neue Weltordnung" zu werben, Akzeptanz zu schaffen, die Weltsicht der Mächtigen in Millionen Hirnen zu verankern - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Großkonzerne und Regierungen präsentieren uns mit immensem Aufwand einen kompletten Zukunftsentwurf, der die verschiedenen Aspekte der herrschenden Politik in Zusammenhang setzt - einen Entwurf, der sämtliche gesellschaftliche Bereiche umfaßt.

(...)

Die EXPO versucht, mit ihrem „Weltrettungsanspruch" und ihrer „Nachhaltigkeit" sehr viele Menschen einzubeziehen, nicht zuletzt aus dem Bereich der Umwelt- und Internationalismusgruppen. Demaskieren der EXPO heißt dementsprechend, diese Vereinnahmung deutlich zu machen und eine Ablehnung der EXPO ohne „wenn" und „aber" einzufordern. Hierzu reicht es unserer Meinung jedoch nicht aus, lediglich die Herrschaftskonzepte zu entlarven. Wir müssen vielmehr auf die Fähigkeit zur politischen Interventionsfähigkeit hinarbeiten.

... Widerstand organisieren

Über den Prozeß der Demaskierung und eine Diskussion linker Alternativen zum herrschenden System erhoffen wir uns letztlich neue Orientierungen radikaler linker Politik zu erarbeiten. Wesentlich dafür wird sein, über die Kritik an einzelnen Aspekten patriarchal-kapitalistischer Herrschaft hinauszugehen und die verschiedenen Widerstandsfelder zusammen zu denken. Ohne die EXPO positiv umdeuten oder überbewerten zu wollen, denken wir dennoch, daß sie sich dafür gerade aufgrund ihres allumfassenden Abspruchs anbietet. Wie angedeutet findet sich in der Programmatik und dem Auftreten der EXPO eine ganze Bandbreite von Herrschaftsaspekten. Die EXPO bietet sich deshalb als gemeinsamer Anknüpfungspunkt für linke Gruppen aus völlig unterschiedlichen Teilbereichen an: feministische Gruppen, Initiativen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Menschen aus der Internationalismusbewegung, antirassistische Gruppen, Umweltgruppen, Anti-AKW-Bewegung, Antifa, antimilitaristische Zusammenhänge, Anti-Repressionsgruppen und viele andere mehr.

Ziel unserer Politik ist daher nicht an erster Stelle die Mobilisierung auf die Zeit der EXPO hin, sondern Ansätze, die darüber hinaus reichen und eine kontinuierliche Zusammenarbeit mit anderen ermöglichen. Aktionen wollen wir in diesem Sinne weniger an ihrer Quantität und Größe als an ihrem Beitrag zur Weiterentwicklung unserer praktischen als auch theoretischen Positionen messen. Wir möchten auf einen Prozeß gemeinsamer linker Organisierung hinarbeiten, der über bloße Vernetzung und Aktionsabstimmung hinausgeht. Uns schweben Formen der Zusammenarbeit vor, wie sie sich in den letzten Jahren für einzelne Bereiche zum Beispiel im Rahmen der Kampagne „kein mensch ist illegal" oder der „Innen! Stadt! Aktion!" ergeben haben. (...)

„Neuorientierung" der radikalen Linken bedeutet für uns, Diskussionen zu beginnen, die den Vereinzelungstendenzen linker Gruppen und der mitunter mangelnden Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenwirken. Fragen für gemeinsame Diskussionen hätten wir genug...

Wie weiter?

Wir laden alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen zu einem **bundesweiten Anti-EXPO-Treffen** vom **11. bis 13. Dezember 1998** nach **Hannover** ein.

Dieses soll ersteinmal dem unverbindlichen Meinungsaustausch und der Diskussion des weiteren Vorgehens dienen, kann aber auch Möglichkeiten für vertiefende inhaltliche Diskussionen der in diesem Papier angesprochenen Themenbereiche bieten.

Für die Durchführung eines solchen Treffens sind wir auf Rückmeldungen angewiesen. Meldet euch bitte bis 1. Dezember 1998, falls ihr Interesse habt. Dann gibt es auch genaueres zum Ablauf des Treffens.

Tipp-Ex
Treffen für intergalaktische Perspektiven gegen die EXPO

Kontakt:
Tipp-Ex
c/o AStA der Universität Hannover
Welfengarten 1
30167 Hannover
Tel.: 0511/7625061
Fax 0511/717441

Anmerkung der Redaktion

[1] Auch in Heidelberg besteht eine Arbeitsgruppe „Agenda 21", die unter der Schirmherrschaft der zum Zeitpunkt der Drucklegung noch amtierenden Oberbürgermeisterin Beate Weber steht. Wir wollen in der nächsten *Sabotage* auf die „Agenda 21" im allgemeinen und auf die „Agenda 21 Heidelberg" im besonderen eingehen.

Das Autonome Zentrum im November

immer noch **Alte Bergheimerstr. 7a; 69115 Heidelberg; Tel.: 06221 / 18 12 00**

1 So	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (So - So)** 20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**
2 Mo	**Frauen- und Lesbentag** 20.00 **MoMo** - die FrauenLesben-Vokü
3 Di	20.00 Vokü und Kneipe mit den **„Drei Damen vom Grill"**
4 Mi	19.30-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
5 Do	20.00 **PicNik** mit **NicNik** 22.00 **nighttime world** im Keller: Techno, Drum&Bass mit **neon tse tse** & **sugar shock**
6 Fr	21.00 **KINO-Abend** (mit Videobeamer) mit: „AK Kraak - politischer Widerstand in D." 22.00 **PolitologInnen-Party** mit der **Manischen Weststadt** (+ Cocktail Bar im Keller)
7 Sa	22.00 **PINK PARTY**
8 So	20.00 Vokü und Kneipe der **SO-Crew**
18 Mi	19.30-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
19 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **UnheilBar** 22.00 **nighttime world** im Keller: **BATTLE Sohoclub vs. Bassoon**
20 Fr	21.00 **KINO-Abend** für FrauenLesben 22.00 **FrauenLesben Disco**
21 Sa	21.00 **Hammer sucht Sichel II** - die Party für Singles und solche, die es werden wollen mit der **Erotomanischen Weststadt**
22 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew**
23 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
24 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - So)** 20.00 Vokü und Kneipe der **Antifaschistischen Jugendaktion (AJA)**
25 Mi	19.30-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**

So	20.00 Vokü und Kneipe der SO-Crew
9 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
10 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di - So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit **EGATOBAS**
11 Mi	19.30-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
12 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **LaBuStra** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
13 Fr	21.00 **KINO-ABEND** mit: **„Subway"** 22.00 **„History of Black Music"** im Keller: **DJane Starr Fruit and Line Up** sowie **DJ Sad Rockets** und **Radio Bergheim**
14 Sa	23.59 **VEB laut & lästig** präsentiert: **DIE MITTERNACHTSDISCO** mit **DJ Udo**
15 So	11.00 **Frühstücken** mit der **UnheilBar** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-CREW**
16 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**
17 Di	**TABULA RASA - die Kneipe im AZ (Di-Do, So)** 20.00 Vokü und Kneipe mit der **Gewaltfreien Aktionsgruppe**

Mi	19.30-20.30 **Bürostunde des AZ (pünktlich!)**
26 Do	19.00 offenes Treffen der **AJA** 20.00 Vokü und Kneipe mit dem **Rohrbeach** 21.00 **UnheilBar**: LesBiSchwules Kneipentreiben
27 Fr	22.00 **„Going Under Ground"**: Drop Beat Grooves Disco (Independent, Alternative, Kreuz-Über) mit dem **DJ m&m**
28 Sa	22.00 **shut up and dance!** drum 'n' bass, dub, big beat mit den DJs **Hookaman**, **Danilo** und **Kenneth Starr**
29 So	20.00 Vokü und Kneipe mit der **SO-Crew:** **Advent-ure Night**
30 Mo	**Frauen- und Lesbentag** **KNEIPE GESCHLOSSEN!**

Vokü (Essen zum Selbstkostenpreis): 3 - 4,- DM

Öffnungszeiten Tabula Rasa: 20.00 - 24.00

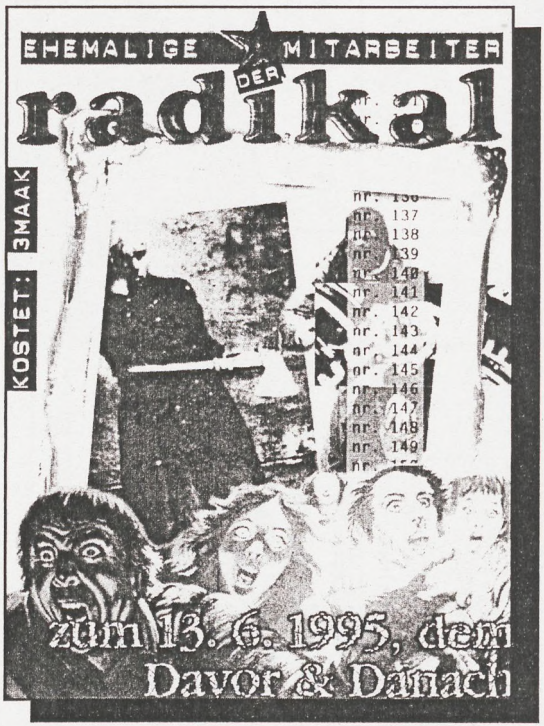
Dienstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Donnerstag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Sonntag, 20.00 - 22.00 Infoladen offen
Freitag & Samstag, bei Veranstaltungen Infoladen offen

Alle Veranstaltungen sind Veranstaltungen des Vereins Gegendruck

„Zum 13.06.1995, dem Davor & Danach"
Ehemalige Mitarbeiter der *radikal* melden sich zu Wort

Kurz vor Redaktionsschluß ist uns noch eine 52seitige Broschüre „in da House" geflattert, die wir an dieser Stelle unbedingt kritisch-solidarisch vorstellen wollen. In diesem mit Vierfarbdruck-Cover ummantelten Magazin setzen sich die ehemaligen Mitarbeiter(Innen?) der seit über 20 Jahren existierenden Autonomen-Postille „radikal" noch einmal gründlich mit den Ereignissen auseinander, die zu den bundesweiten Staatsschutzangriffen am 13.06.1995 geführt haben.

„Am 13.06.1995 liefen bundesweit über 50 Razzien gegen linksterroristische Gruppen, wie es damals hieß. Vier Leute wurden wegen ihrer vermeintlichen Beteiligung an der *radikal* verhaftet, vier andere tauchten unter. Bald stellte sich heraus, daß die Bundesanwaltschaft zwar einiges zur verdeckt organisierten *radikal*-Struktur ermittelt haben wollte, aber bezüglich der unterstellten Kontakte zu RAF, K.O.M.I.T.E.E. und AIZ mit leeren Händen dastand. In Sachen *radikal* folgten weitere Durchsuchungswellen und Ermittlungsverfahren. Schließlich wurden neun Leute angeklagt. Es sah danach aus, als ob ein juristisches Exempel statuiert und erstmalig eine Zeitungsredaktion als kriminelle Vereinigung verurteilt werden sollte.



Aber auch dieser Wind hat sich gedreht. Die Mehrzahl der über 100 seit 1995 eingeleiteten Verfahren wurde im Laufe der Zeit eingestellt, und im Herbst 1997 folgten nach bald vierjährigen Ermittlungen auch die zentralen Verfahren gegen die neun Angeklagten in Koblenz und Düsseldorf." (*aus dem „kurzen Überblick", Seite 3*)

Jedenfalls haben irgendwann einige Beschuldigte der *radikal*-Struktur Leute vom (Solidaritätsarbeit leistenden) *Informationsdienst Schleswig Holstein* gefragt, ob sie denn nicht „ihren text zur nachbereitung ihrer arbeit für die radi als herausgeberInnen veröffentlichen [könnten]" (*aus dem Vorwort der HerausgeberInnen, Seite 2*).

Worauf diese „Ja" gesagt und die nun vorliegende, liebevoll gestaltete Broschüre ediert haben. Auch aus dem Bedürfnis heraus, der Notwendigkeit Sorge zu tragen, „die probleme, die innerhalb einer klandestinen struktur aufbrechen, zu benennen, in der hoffnung, daß andere daraus lernen" (*ebd.*).

Der Text, der nun letzten Endes in *dieser* (von einem „Rest Ehemaliger" diskutierten, veränderten und schließlich fertiggestellten) Form vorliegt und in zwölf unterschiedlich lange Teile aufgesplittet wurde, ist „bereits über ein halbes Jahr [alt], und die Diskussion darum begann vor einem ganzen Jahr" (*aus den einleitenden Worten des*

„Restes Ehemaliger", Seite 4).

Denn obwohl der Versuch als gescheitert angesehen werden muß, in einer größeren Gruppe von Leuten, „die teils sehr lang, teils kürzer und in unterschiedlichen Bereichen bei der *radikal* mitgemacht haben" (*ebd.*), die Ursachen und Folgen der Razzien vom 13.06.1995 *gemeinsam* aufzuarbeiten, hat sich ein nach der Auflösung dieser Gruppe „verbliebener Rest" dazu durchgerungen, ihn eigenverantwortet veröffentlichen zu lassen.

„ ... weil - so unfertig und umstritten er ist -, uns die Vorteile und Chancen einer Veröffentlichung höher erscheinen als die Nachteile oder Gefahren." (*ebd.*)

Dabei herausgekommen ist ein ungewöhnlich couragiertes, extrem selbstkritisches Offenlegen des „*Innenlebens einer verdeckten Struktur*" - ihrer Versäumnisse, Unachtsamkeiten, Hierarchisierungstendenzen, Phobiepotentiale, Disziplinlosigkeiten.

Der chronologisch aufgebaute, in sich zusammenhängende Text „befaßt sich mit elf Jahren verdeckter *radikal*-Struktur. Wir konzentrieren uns darin auf Ideale, die Versuche, sich ihnen anzunähern, und die letztendliche Realität. Wir werden auf Fehler eingehen, die erst nach den Razzien vom 13.06.1995 offensichtlich wurden, und - davon ausgehend - mehrere Blicke auf die Organisierung der Struktur werfen" (*ebd., Seite 6*).

Und genau darin liegt auch die „Gefahr" dieses Textes. Er erweckt nämlich - gerade durch die detaillierte Deskription nahezu aller Fehler der auf Klandestinität aufbauenden *radikal*-Struktur - den Eindruck, als gäbe es so etwas wie „das perfekte Verhalten militant kämpfender Zellen im von staatlicher Repression attackierten Untergrund". Auch wenn es an einer Stelle richtig heißt: „Wir haben uns nie eingebildet, als Oberkonspis auf die Welt gekommen zu sein, und wir wußten, daß kein Perfektionsanspruch und kein diskutiertes Kriterium uns gänzlich in Sicherheit wiegen kann. Menschen machen Fehler, besonders in Extremsituationen, und in einer solchen befanden wir uns nicht nur in Ausnahmefällen. Eine bundesweite, verdeckt organisierte Struktur, die alle Eventualitäten berücksichtigen will, ist unseres Erachtens eine Illusion. Risiken können verkleinert, aber nie ganz ausgeschlossen werden." (*aus dem zweiten Kapitel „Keine leichte Kost", Seite 11*)

Aber warum wird dann im Text genau diese Illusion, dieser Mythos vom absoluten Risikoausschluß erzeugt? Sicher: „*Aus Fehlern lernt mensch!*" Aber heißt das gleich, zur Untermauerung dieses Sprichwortes eine solche Fülle an Informationen preiszugeben, die nicht nur von der politischen GegnerInnschaft sinnvoll ausgeschlachtet werden kann, sondern auch dazu führt, den Blick für Realitäten aus den Augen zu verlieren und im ewig sich drehenden Lamentieren über vermeintlich vermeidbare „Fehler" des eigenen „linksextremistischen Sumpfes" unterzugehen? Der eigentliche Fehler liegt in diesem von Kapitalismen, Sexismen und Rassismen strukturell geprägten und zusammengehaltenen System, mit dessen Repressionsorganen es spätestens *dann* zu einer wie auch immer gearteten „Kollision" kommt, wenn ein militanter Kampf dagegen nicht nur propagiert, sondern auch physikalisiert wird. Und dann bedeutet jedes öffentliche Bekunden der „Fehlerhaftigkeit" unserer Strukturen eine weitere Bestätigung der „systemischen Omnipräsenz". Deshalb mag diese Broschüre für Menschen, die sich seit Jahren oder gar Jahrzehnten in militanten linksradikalen Zusammenhängen bewegen und dabei einen hohen Reflexionsgrad entwickelt haben, diskutabel sein - aber für eine effektive „Nachwuchsarbeit" ist sie nicht geeignet.

Autonomes Redaktionskollektiv

Informationsdienst Schleswig-Holstein (Hrsg.): Ehemalige Mitarbeiter der *radikal* - „*Zum 13.06.1995, dem Davor & Danach*", Neumünster: 1998, 52 Seiten, 3,- DM

Bezug über:
Informationsdienst Schleswig-Holstein
Kieler Straße 93
24534 Neumünster

Bevölkerungspolitik und biotechnologischer Machbarkeitswahn in der BRD

Seit längerer Zeit finden Peter Singers Thesen Verbreitung in der rechtskonservativ-reaktionären Medizinethik, die sich traditionell mit „Rassenanthropologie", „Erbgesundheit", „Rassenhygiene" oder „Humangenetik" befaßt. Deshalb waren er und die von ihm und seinen AnhängerInnen ausgehenden gesellschaftsrelevanten Impulse immer wieder engagiert diskutiertes Thema in der Sabotage. *Vor allem der Anfang Mai 1996 in Heidelberg abgehaltene Kongreß „**Science/Fiction** -* Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie*", auf dem neben „maßgeblichen Repräsentanten der europäischen Familientherapie und prominenten Geistes- und Naturwissenschaftlern, Philosophen und Wissenschaftstheoretikern" auch der australische Euthanasievertreter Peter Singer referieren sollte, ließ eine breite, autonom-antifaschistisch geprägte Protestbewegung entstehen. Diese mündete in eine bundesweite Demonstration gegen den Kongreß; Peter Singer wurde kurzfristig wieder „ausgeladen" - aus „Sicherheitsgründen"! (siehe dazu die von der Autonomen Antifa Heidelberg herausgegebene Broschüre „*Gegen den Kongreß »Science/Fiction« vom 01. - 05.05.1996 in der Heidelberger Stadthalle*")*

Damit war aber die gesellschaftliche Relevanz der machtvoll in die Massenmedien gepushten Themen „Eugenik/Bevölkerungspolitik", „Humangenetik", „Pränataldiagnostik", „Bioethik-Konvention" noch lange nicht in die Bedeutungslosigkeit gedrängt. Im Gegenteil: Die von Kapitalinteressen flankierte Propaganda zugunsten einer Gesellschaftsformation, in der die Menschen ausschließlich *nach einer „Kosten/Nutzen"-Kalkulation eingeteilt werden, nahm seither nahezu ungebremst ihren Lauf. Nun findet in Oldenburg in den Monaten November/Dezember/Januar eine ausschließlich für Frauen/Lesben zugängliche Veranstaltungsreihe statt, in der sich aus verschiedenen Blickwinkeln mit den Komplexen „Selektion", „Bioethik", „Rassismus/Sexismus in der Humanbiologie", „Pränataldiagnostik" und „Selbstbestimmungsrecht der Frau" auseinandergesetzt wird. Bevor wir im Anschluß an diese Einleitung den (gekürzten) Text dokumentieren, mit dem zu dieser Veranstaltungsreihe mobilisiert wird, wollen wir euch noch einmal genauer mit den wichtigsten „Programmpunkten" des Singerschen Präferenzutilitarismus bekannt machen, weil die unseres Erachtens als „Schlüssel" zum ganzen Thema*

eingesetzt werden können. Und dafür benötigt frau/mann etwas mehr Hintergrundinformationen als die im Oldenburger Text genannten:
Singer, der ein Patentrezept für die Feststellung irreparabler Handikaps zu haben scheint, verbindet die Propagierung von Tierrechten, mit der sich auch oftmals „Linke" für seine insgeheim rechtslastige Ideologie ködern lassen, und *den Angriff gegen den Lebensschutz „schwerbehinderter" Neugeborener zu einem explosiven Gemisch, das die vermeintliche „Hierarchie der Lebenswerte" (gottähnliche Natur/Unantastbarkeit des menschlichen Lebens = Höherbewertung der menschlichen Existenz gegenüber tierischem Leben) zu sprengen versucht. So kommt er zu einer dem Gnadenschuß analogen Forderung nach „Recht auf Tötung" für „leidende" Menschen: „...um ein Leben zu beenden, das losstartet mit Schwierigkeiten, die so groß sind, daß es das Beste ist, es nicht zu verlängern". Die als „schwerbehindert" geltenden Menschen sind für Singer der verhaltensbiologistisch-neodarwinistisch untermauerte „Beweis", daß die Grenze zu den Tieren hin aufgelöst werden muß: ein einzelner Schimpanse könne nämlich weit mehr als ein „schwerbehindertes" Kind; er könne sich vielleicht im Spiegel schminken oder - nach dem Verschwinden der Revierbewacher - eine Banane „planvoll" holen. Außerdem gibt es für Singer, der* **Personalität** *als Selbstbewußtsein* und *Bewußtsein für Zukunft und Vergangenheit definiert,* menschliche *Lebewesen, die* Personen *sind, und menschliche* **und** nicht-*menschliche Lebewesen, die* keine *Personen sind. Durch diese zwischengeschaltete Aufteilung kann er im Bereich der* Nicht - *Personen Vergleiche ziehen, die es ihm erlauben, zu „diskutieren". Nun ist es ihm nämlich möglich, unter Zuhilfenahme der weiter oben bereits angeführten „westliche(n) Doktrin der Unantastbarkeit des menschlichen Lebens" auf der abstrakten Ebene der „gleichen (individuellen) Interessen" den Schutz des Lebens auf der menschlichen Seite der* Nicht-*Personen mit der Antastbarkeit des nicht-menschlichen Lebens zu „vergleichen". Formal wird dann das „Leid" der Maus im Laborversuch mit dem „Leid" des schwerbehinderten Neugeborenen an seinem Leben gleichgesetzt. Dies steht für den mittlerweile verstorbenen Singer, der als Professor an der im reproduktionstechnologischen Bereich aktiven und für die Züchtung sogenannter „Retortenbabies" bekannten Monash University in Melbourne bezeichnenderweise Direktor des an das genetische Institut angeschlossenen „Centre for Human Bioethics" war, an allererster Stelle seiner moralischen Entscheidungsabwägung. Oberstes Interesse von Menschen, Tieren und den „am stärksten zurückgebliebenen, ´dahinvegetierenden` Menschen" ist folglich die Vermeidung von Schmerzen. Interesse eines als schwerbehindert geltenden Kindes ist daher die „Erlösung von Leiden". Das Leben eines solchen Kindes ist „in jedem Fall wertlos", weil es „sein ganzes Leben lang zu keiner bewußten Erfahrung fähig sein wird, oder weil es ein Leben voller Schmerzen haben wird ohne die Möglichkeit der Linderung durch die bewußte Wahrnehmung seiner selbst beziehungsweise seiner Mitmenschen" (Singer: „*Sanctity of life or quality of life*"). Die Grenze des als Fähigkeit zur Erfahrung von Leid oder Freude/Glück zu verstehenden Empfindungsvermögens ist laut Singer „die einzig vertretbare Grenze zur Rücksichtnahme auf die Interessen anderer". Wo keine* Leidensfähigkeit *festgestellt werden kann, da gibt es laut Singer auch keine Notwendigkeit zur Rücksichtnahme. Und das ist genau der Punkt, an dem sein Gedankenkonstrukt zu einer tierrechtlich verbrämten Euthanasiebefürwortung verkommt, die er in dem zusammen mit Kuhse edierten Buch „*Should the Baby killed?*" „wissenschaftlich" zu untermauern versucht. Er bringt ein untragbares Aufweichen moralischer Prinzipien ins Spiel, um zu einer von menschenverachtenden Programmen instrumentalisierbaren Nützlichkeitstheorie gelangen zu können. Auf der Grundlage obskurer Kosten-Nutzen-Analysen soll die Möglichkeit der Tötung „behinderter" Neugeborener innerhalb der ersten drei Tage nach der Geburt ausgeschöpft werden, um vor allem die Interessen der Gesellschaft zu berücksichtigen, die für die Behindertenarbeit nur ein begrenztes Budget aufbringen kann und daher die Zahl behinderter Menschen „begrenzen" muß. Seine* **Vernichtungs***ethik folgt damit dem gleichen Zweck wie die faschistische Vernichtungs***praxis***. Der Massenmord soll als problembe-**

*wältigungsstrategisches Konzept technisch möglich werden und die selektierende Diagnose rechtlich beziehungsweise wissenschaftlich gültig sein. Im Endeffekt geht es also um die patriarchal-fanatische Heroisierung kapitalökonomischer Verwertbarkeitskriterien, mit deren Hilfe das ökologische Gesamtsystem wieder auf Vorder**MANN** gebracht werden soll. Dabei wird eine auf die Ausgrenzung unproduktiver, kranker und alter Menschen zielende „Sozial"politik zum Maßstab funktionstüchtiger Eliten, die zur Absicherung ihrer HERRschaft* reibungslose *Abläufe in der Bewältigung eines expansiv ausgerichteten (Industrie-)Alltags benötigen. Doch damit nicht genug: Zwangsläufig **ALLE** im Sinne des HERRschenden Systems nicht funktionierenden Menschen sollen ausgesondert werden, so daß nur noch die sich durch alle vorhandenen, als **notwendig** definierten Körper- und Geistesmerkmale auszeichnenden Menschen übrigbleiben.*

Das ist der ideologische Hintergrund, vor dem der folgende Text betrachtet werden sollte, wobei viele der soeben genannten Argumentationsstränge bereits in noch radikalisierterer From in den menschenverachtenden Diskurs geworfen werden - und erschreckenderweise mehr und mehr Beachtung erhalten.

-sabotage

Eugenik und Pränataldiagnostik

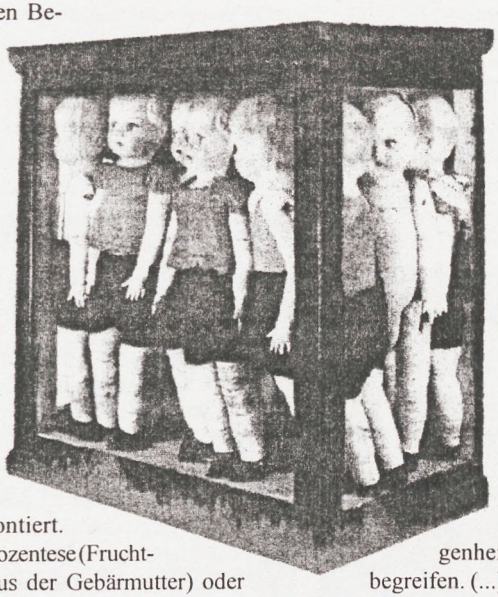
In der NS-Zeit wurden Menschen mit Behinderung als lebensunwert eingestuft - eine Bevölkerungsgruppe, die es „auszumerzen" galt. Ein solches Menschenbild ist allerdings ... keine Erfindung der NationalsozialistInnen, sondern hat seine Wurzeln in nationalökonomischen Zusammenhängen des Liberalismus des 18. und 19. Jahrhunderts. Die Grundkraft der Wirtschaft wurde im ökonomischen Eigeninteresse des/r Einzelnen und im freien Wettbewerb gesehen. Dafür waren Ideologien nötig, die einerseits den ausgreifenden Imperialismus und die Kolonisierung anderer Länder rechtfertigten und andererseits die Eliminierung jener legitimierten, die der Profitmaximierung im Weg standen.

Als solche wurden (und werden heute noch) Menschen mit Behinderung angesehen. Die Sichtweise, daß es Menschen gibt, deren Dasein aufgrund einer (möglichen) Behinderung verhindert werden muß, ist geschichtlich eng verbunden mit der eugenischen Indikation zum Schwangerschaftsabbruch. Als rassenhygienische Indikation wird sie 1895 erstmals erwähnt. 1910 benennt Max Hirsch, ein bekannter Frauenarzt seiner Zeit, erstmals die eugenische Indikation und meint damit einen Schwangerschaftsabbruch, um die Familie „vor weiterem Zuwachs an minderwertigen und asozialen Familienmitgliedern zu bewahren".

Die eugenische Indikation fand sowohl in der bürgerlichen Frauenbewegung als auch in verschiedenen anderen politischen Strömungen breite Zustimmung. Es bestand Einigkeit darüber, Menschen in „produktive" und „unproduktive" einzuteilen. Der „Lebenswert" eines Menschen maß sich dabei an seiner Arbeitsfähigkeit, d. h. an seiner erwünschten gesellschaftlichen Anpassungsfähigkeit. Ein weiteres Kriterium waren die Kosten, die ein Mensch aufgrund einer Pflegebedürftigkeit verursacht. Die als „unwert" Definierten galt es zu selektieren. (...)

Die NationalsozialistInnen verhalfen den eugenischen Forderungen zu einer Verstaatlichung, Legalisierung und konsequenten Anwendung. 1933 wurde durch das „Sterilisationsgesetz" festgelegt, daß Personen zwangsweise unfruchtbar zu machen seien, wenn nach ärztlichem Wissen mit großer Wahrscheinlichkeit mit körperlichen oder geistigen Erbschäden zu rechnen sei. 1935 wurde die zwangsweise Abtreibung aus medizinischen wie auch aus rassehygienischen Gründen festgelegt. Die nationalsozialistische Ideologie begründete dies u. a. mit einem „Schutz der arischen erbgesunden Bevölkerung" und einer „Verbesserung ihrer Gesundheit und Leistungsfähigkeit". Im Zuge der Strafrechtsreform Ende der 60er Jahre wurden in der medizinischen Debatte um den §218 wieder verstärkt positive Meinungen zur eugenischen Indikation geäußert, nachdem im Nachkriegsdeutschland kaum eine Diskussion dar-

über stattgefunden hatte... 1976 wurde der §218 reformiert, die eugenische Indikation wurde in die reformierte Fassung übernommen. Behinderte Frauen kämpften gegen diese Übernahme, nachdem sich der Widerstand der Frauenbewegung gegen den §218 nicht auf die eugenische Indikation bezogen hatte. Die heutige Version der eugenischen Indikation - medizinische genannt - räumt ein Recht auf Abtreibung bis zum Ende der Schwangerschaft ein, wenn eine Behinderung des Kindes zu erwarten ist. Begründet wird dies mit einer unzumutbaren Belastung für die Mutter. Die eugenische Indikation setzt eine Erkennung von Behinderung, mit Hilfe von pränataler Diagnostik, schon vor der Geburt voraus. Routinemäßig werden heutzutage alle Frauen bei der Schwangerschaftsvorsorge mit den Möglichkeiten pränataler Diagnostik konfrontiert.



Mit Hilfe von Amniozentese (Fruchtwasserentnahme aus der Gebärmutter) oder Choriozottenbiopsie (Entnahme von Gewebe aus der äußeren Haut der Fruchtblase) sollen Behinderungen des Föten in der ersten Hälfte der Schwangerschaft festgestellt und durch Abtreibung „behoben" werden. Unerwähnt bei den Beratungsgesprächen in gynäkologischen Praxen bleibt, daß z. B. ein Großteil der Behinderungen während der Geburt oder im Laufe des Lebens durch Unfälle entsteht (d. h., daß nur ein sehr kleiner Teil von Behinderungen überhaupt vor der Geburt erkannt werden kann). Es bleibt unerwähnt, daß bei der vorgeburtlichen Diagnose „Behinderung" auf jeden Fall zu einer Abtreibung geraten wird. Diese Abtreibung wird durch die Einleitung der Geburt mittels wehenfördernder Mittel vorgenommen. Das Kind wäre dann eigentlich eine sogenannte Frühgeburt. (...)

Ethische Grundlagen

Ethische Theorien, die Euthanasie und Eugenik als notwendig erachten, sind ... weder nur dem Nationalsozialismus noch einer bestimmten Gesellschaftsgruppe alleine zuzuordnen. Die ethische Lehre des Utilitarismus, auf der z. B. auch Peter Singer aufbaut, geht davon aus, daß der Zweck sittlichen Handelns der Menschen darin besteht, zum Glück der meisten beizutragen und dadurch nützlich zu sein. Peter Singers Theorie besagt, daß die Gesamtsumme des Glücks der Menschheit erhöht wird, wenn ein behinderter Mensch getötet und so die ihm unterstellten Leiden beendet und an seiner Stelle ein anderes, nicht-behindertes Kind gezeugt würde. Föten, neugeborene Kinder und Menschen mit Behinderungen stellen keine „Personen" mit moralischem Status da, da sie nicht fähig sind, ein selbständiges Leben zu führen und sich in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu begreifen. (...) Singer und seine AnhängerInnen propagieren die „leidfreie" Gesellschaft - verpackt in einer Tier-Mensch-Ethik, in der der Lebenswert von Tieren höher stehen kann als der von Menschen. Singers Thesen erfreuen sich in unterschiedlichen Kreisen großer Beliebtheit. In den 80er Jahren waren sie für die Wiederetablierung von eugenischem Gedankengut notwendig. Sie haben heute eine erneute Selbstverständlichkeit erlangt - in der BRD kann, auch dank seiner „Ethik", wieder offen über die Tötung von sogenannten behinderten Neugeborenen (oder Ungeborenen) geredet werden.

Bei der Anwendung „wissenschaftlicher Erkenntnisse" bedarf es ebenfalls einer geeigneten

Ethik, die z. B. medizinische Forschung und Eingriffe an Menschen legitimiert, die bis jetzt in der BRD noch verboten sind. Deshalb wird der sogenannten „Bioethik" mit fortlaufender technischer Entwicklung immer mehr Bedeutung zugemessen. Mit ihrer Hilfe sollen die ethischen Fragen beantwortet werden, die sich eine Gesellschaft stellt, die Menschen nach einer „Kosten/Nutzen"-Rechnung einteilt: Wieviel darf die Versorgung eines komatösen Menschen kosten? Ab wann darf ein solcher Mensch durch Nahrungsentzug umgebracht werden? Wann ist Forschung an nicht einwilligungsfähigen Menschen erlaubt?

Da es noch an der nötigen Akzeptanz für „bioethische Themen" mangelt, wurde in Bonn nun ein Bioethikreferenzzentrum eingerichtet. Leiter dieser Einrichtung ist der Philosoph Ludger Honnefelder. Er ist in verschiedenen Bereichen der Gentechnik aktiv und veranstaltete z. B. 1995 ein internationales Symposium zum Für und Wider des Nahrungsentzuges bei WachkomapatientInnen. Therapieunabhängige medizinische Experimente mit nicht einwilligungsfähigen Menschen hält Honnefelder ebenfalls für vertretbar. Honnefelder hat die Bioethik-Konvention mitformuliert.

Für einen liberaleren Umgang mit bioethischen Themen will sich auch die DFG (**D**eutsche **F**orschungs**G**esellschaft) einsetzen. Diskussionen in diesem Bereich, so beklagt sich der DFG-Präsident und Genforscher Ernst-Ludwig Winnacker, seien vor allem in Deutschland häufig von Angst und Irritationen geprägt. Damit sich dies ändert, stellt eine sogenannte Förderinitiative Bioethik Forschungsgelder in Millionenhöhe bereit. Die Forschung an nicht einwilligungsfähigen PatientInnen, Gentests an Embryonen im Reagenzglas, Organherstellung aus „embryonalen Stammzellen", die Übertragung von Tierorganen auf Menschen, die altersbezogene Rationierung von Gesundheitsleistungen und Kriterien für den tödlich wirkenden Behandlungsabbruch bei Krebskranken und Kindern sind „Forschungsthemen", für die Gelder zugeteilt werden. Anhand der Forschungsergebnisse sollen dann bislang geltende Gesetze in Frage gestellt werden.

Genormte Menschen, jung, „gesund" und „leistungsstark", passen am besten in ein System, das nicht nur die Arbeitskraft von Menschen verwertet, sondern auch die Körper derer, die sonst keinen Profit mehr für die HERRschenden einbringen. Gen- und Reproduktionstechnologien dienen der Selektion derer, die sich nicht in dieses System einpassen lassen.

Keine Infragestellung des Lebensrechts von sogenannten behinderten Menschen!

Keine Aussonderung von alten Menschen!

Keine Versuche an nicht einwilligungsfähigen Menschen!

Gegen patriarchalen Forschungswahn!

Demos & Veranstaltungen

So. 01.11.
60 Jahre Reichspogromnacht
Gedenkfeier in Heidelberg 14.00 Uhr

Traditionelle Gedenkfeier „*Erinnern für die Zukunft! Nicht schweigen - nicht leugnen - noch vergessen*!“ für die Opfer des Faschismus auf dem Heidelberger Bergfriedhof

Beginn: 14.00 Uhr, Bergfriedhof Heidelberg, vor dem Krematorium

Veranstaltet von: DGB, PDS, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der Antifaschisten und anderen

Do. 05.11.
Infoveranstaltung in Hirschhorn

Informationsveranstaltung über das Konzentrationslager Natzweiler und seine Außenlager im Neckartal

Veranstaltet von:
Antifa Neckar-Odenwald/kL und SPD Ortsverein Hirschhorn

[*Genauer Termin ist über das Infotelefon Garfield (06272/3559) zu erfahren*]

Fr. 06.11.
Veranstaltung im IL KL 19.00 Uhr

Veranstaltung im Infoladen Kaiserslautern mit dem Referenten Peter Herber zum Thema „*Anarcho-Syndikalismus - Revolutionäre Gewerkschaftsarbeit statt Sozialpartnerschaften*“

»Das Leben aller direkt und indirekt lohnabhängigen Beschäftigten, also dem weitaus größten Teil der Bevölkerung, wird maßgeblich durch die jeweiligen Arbeitsverhältnisse und somit - in unserem kapitalistischen System - durch private oder staatliche EigentümerInnen fremdbestimmt. Die sogenannten „freien Gewerkschaften“ (Deutscher Gewerkschafts Bund [DGB] etc.) sind Teil dieses Systems und dienen dessen Erhalt. Um dies zu ändern, für bessere Arbeitsverhältnisse und damit für ein besseres Leben, schließen sich AnarchosyndikalistInnen in selbstorganisierten Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen zusammen. Ziel ist die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen als Grundlage einer herrschaftsfreien Gesellschaft.«

Beginn: 19.00 Uhr, Infoladen KL, Moltkestraße 17 (Ecke Rosenstraße), Kaiserslautern

Veranstaltet vom Regionaltreffen Rhein/Neckar/Pfalz

Fr. 06.11.
Veranstaltung im KaBa 20.00 Uhr

Veranstaltung im Karlstorbahnhof Heidelberg mit Orlando Castillo, einem Kriegsdienstverweigerer aus Paraguay

»Auch nach dem formalen Übergang zur Demokratie, dem eine jahrzehntelange Militärdiktatur vorausgegangen war, bleibt Paraguay eines der am stärksten militarisierten Länder Lateinamerikas. Seit einigen Jahren beginnt jedoch der Widerstand in der Bevölkerung gegen die bislang unangefochtene Vormachtstellung des Militärs zu wachsen. 1993 wagten erstmals fünf wehrpflichtige Männer, öffentlich ihre Verweigerung des Kriegsdienstes zu erklären. Inzwischen ist die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung, der MOC (Movimiento por la Objección de Conciencia), auf 15 000 Mitglieder angewachsen. Orlando Castillo, einer der ersten KDVer Paraguays, wird im Karlstorbahnhof über die Situation in seinem Land berichten. Im Anschluß besteht die Möglichkeit zur Diskussion.«

Veranstaltet von:
Deutsche Friedens Gesellschaft - VK, Gewaltfreie Aktionsgruppe Heidelberg, Graswurzelrevolution/Redaktion Süd

Sa. 07.11
Veranstaltung in Mainz 19.30

Veranstaltung mit dem Referenten Uli Bart zum Thema *„Kommune Niederkaufungen - 11 Jahre Praxis in einem herrschaftsfreien Lebens-(und Arbeits-)zusammenhang"*

»Was ist die Kommune Niederkaufungen? Was sind ihre Strukturen? Wie funktioniert die gemeinsame Ökonomie? Wie läßt sich das Konsensprinzip mit 70 Personen leben?

Bei einem Diavortrag wird ein optischer Eindruck vermittelt, werden Fakten über die Kommune benannt und erläutert. Anschließend wird Raum für Nachfragen und eine kritische Auseinandersetzung sein.

Ist das Kommuneleben politisch?

Wie herrschaftsfrei sind die KommunardInnen wirklich, gibt es nicht doch WortführerInnen, Machtausübung über den Umgang mit Finanzen und geschicktes Spiel mit den Strukturen? Wieviel Kompromisse sind nötig, um selbstorganisiert im kapitalistischen System zu überleben?«

Beginn: 19.30 Uhr, Kaiser-Wilhelm-Ring 11, 55116 Mainz (500m vom Hbf entfernt)

Veranstaltet vom Regionaltreffen Rhein/Neckar/Pfalz

So. 08.11.
60 Jahre Reichspogromnacht Antifaschistischer Stadtrundgang 13.00 Uhr

Antifaschistischer Stadtrundgang zu den Stätten des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in Heidelberg

Vera Glitscher vom Deutschen Freidenker-Verband führt mit diesem Stadtrundgang die Arbeit der Zeitzeugin Sophie Berlinghof (VVN/BdA) fort.

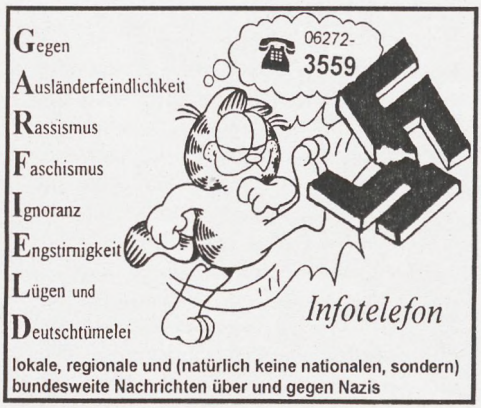
Beginn: 13.00 Uhr, Universitätsplatz Heidelberg

Veranstaltet von der Autonomen Antifa Heidelberg

So. 08.11.
Veranstaltung im Café Filsbach MA 19.00 Uhr

Veranstaltung mit dem Referenten Lou Marin zum Thema *„Libertärer Kommunalismus - ein Ansatz anarchistischer Stadtteilarbeit? - Oder gar ein anarchistisches Gesellschaftsmodell?"* im Café Filsbach Mannheim

»Die Gedanken von Murray Boockchin und



lokale, regionale und (natürlich keine nationalen, sondern) bundesweite Nachrichten über und gegen Nazis

Copy-Corner

Merianstr. 5
direkt in der Altstadt

Öffnungszeiten:
Mo - Fr 9.00 - 18.30
Do bis 20.00
Sa 9.00 - 14.00

Tel. 2 57 00

Janet Biehl zu diesem Thema sind Grundlage dieses Abends.

Vorstellungen und Ideen dieses gesellschaftlichen Ansatzes sollen beleuchtet werden. Libertäre und AnarchistInnen sollen in den Gemeinden, den Stadtvierteln, der Nachbarschaft agieren und Ansätze zur Veränderung suchen. Über internationale Vernetzungen und Erfahrungsaustausch im Rahmen des Kongresses in Lissabon, der im Sommer 1998 stattfand, und des anstehenden im Jahre 1999 in den USA wird berichtet werden.

Bietet der Libertäre Kommunalismus Möglichkeiten und Chancen, um einer herrschaftsfreien Gesellschaft auch in der BRD näher zu kommen?«

Beginn: 19.00 Uhr, Café Filsbach in I 6, 1-2, Mannheim (ab Hbf Linie 1, 3, 5, 7, bis Haltestelle Neckartor)

Veranstaltet vom
Regionaltreffen Rhein/Neckar/Pfalz

SABOTAGE!!

Die Sabo im Abo!

Ja, ich abonniere die Zeitung *Sabotage* für mindestens fünf Ausgaben.

Kostet pro Ausgabe 2,- DM (inkl. Porto).

Ich bestelle: ☐ 5 Ausgaben/10,- DM
☐ 10 Ausgaben/20,- DM

In Europa plus 1,- DM/Ausgabe!
Mehrere Exemplare auf Anfrage!

Name/Vorname .....

Straße/Nr. .....

PLZ/Ort .....

Den Betrag habe ich bar, in Briefmarken oder als Verrechnungsscheck beigelegt.

Das Abo verlängert sich nicht automatisch. Meine Daten werden vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben. Das Abo kann ich jeder Zeit kündigen und erhalte das Restgeld zurück.

Datum/Unterschrift .....

Bitte einsenden an: Sabotage
c/o Autonomes Zentrum,
Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg

Mo. 09.11.
➲ 60 Jahre Reichspogromnacht
Anitfademo in Weinheim 17.00 Uhr

Zum Gedenken an die Reichspogromnacht vor 60 Jahren findet in Weinheim unter dem Motto „*Nichts ist vergessen ... - und niemand! Faschismus und Naziterror entgegentreten!*“ eine antifaschistische SchülerInnendemonstration statt.

Initiiert wird diese Demonstration von der neugegründeten Jugend Antifa Weinheim.

Beginn: 17.00 Uhr, Eingang der FußgängerInnenzone in Weinheim

Veranstaltet von der
Jugend Antifa Weinheim

[*Näheres dazu im Text in dieser* Sabo *und auf der vorletzten Seite*]

Mo. 09.11.
Veranstaltung in MA 20.15 Uhr

Das obskure Objekt der Begierde

Von der Konstituierung des männlichen antikolonialen Subjekts bei Frantz Fanon zu den postkolonialen Debatten um kulturelle Hybridität

»Frantz Fanon wird nicht nur immer wieder revolutionsromantisch zur Begründung für das Festhalten an einem überkommenen Antiimperialismus angerufen. Er steht fast vierzig Jahre nach seinem Tod auch im Zentrum der postkolonialen Debatten um die Möglichkeiten eines nun vor allem kulturell begründeten Widerstands gegen

rassistische und ethnisch-nationale Ausgrenzung jenseits der alten dichotomen Gegensätze. Daß gerade der Klassiker der antikolonialen Revolutionstheorie heute auch von denjenigen in Anspruch genommen wird, welche die bipolaren Entgegensetzungen (Kolonialherr/Kolonisierter, Westen/Rest, Zivilisation/Wildheit, männlich/weiblich etc.) ebenso wie die repressiven Festschreibungen ethnischer und nationaler Identitäten dekonstruktivistisch auflösen wollen in eine fließende „hybride" Subjektivität als Grundlage neuer kultureller und politischer Formen subversiven Handelns, kann nur auf den ersten Blick verwundern. Leicht läßt sich im vielschichtigen und widersprüchlichen Werk Fanons ein Bewußtsein um die gegenseitige Verstrickung von Kolonisatoren und Kolonisierten wie auch um die Gefahren nationalistischer und ethnizistischer Verfestigungen von Identität nachweisen - aber auch nationalistische und offen sexistische. Das nicht thematisierte Geschlechterverhältnis im Subjektbegriff Fanons z. B. befördert aufgrund seines ebenfalls unkritischen Staatsbegriffes eine profunde Fehleinschätzung der emanzipatorischen Wirkung weiblicher Beteiligung am antikolonialen Befreiungskampf für die gesellschaftliche Position von Frauen - daß erfolgreichen nationalen Befreiungsbewegungen regelmäßig ein patriarchales Rollback auf dem Fuße folgte, konstatiert z. B. auch die Gruppe **demontage** in ihrem Buch, allerdings ohne diese Beobachtung einer weitergehenden Analyse zu unterziehen; ähnliches gilt für seine Vorstellung von einer emanzipatorisch-dynamischen „nationalen Kultur". Es stellt sich die Frage, was bei der poststrukturalistischen Neuinterpretation Fanons bleibt. Bietet diese Anschlußmöglichkeiten für die Entwicklung eines radikalen neuen linken Internationalismus oder pendelt der Bezug auf Fanon zwischen zwei unterschiedlichen Versionen subjektivistischer und staatsvergessener Illusion?«

Referent: Udo Wolter, Berlin
Beginn: 20.15 Uhr, Anderer Buchladen MA
Beitrag: 5,- DM

Veranstaltet von der Rosa Luxemburg Gesellschaft

Fr. 13.11
KINO-Abend im AZ — 21.00 Uhr

Film „Subway" im AZ

»In der Kunstwelt der Pariser Metro stellt ein junger Mann, der zwischen die Fronten von Polizei und Gangstern geraten ist, eine Rock-Band zusammen und erlebt eine zärtliche Liebesromanze. Ästhetisch eindrucksvolle Version des „film noir" und Hommage an die Eingeweide von Paris, die Metro, von spürbarer Sympathie für seine Personen getragen. Stimmungsvolles modernes Dekor-Kino.«

„Subway", Frankreich 1985, Regie: Luc Besson, Länge: 102 min

Veranstaltet von den Kino-Freaks

Sa. 14.11
Soli-Konzert in Wiesloch — 20.00 Uhr

Solidaritätskonzert zugunsten der Roten Hilfe e. V. Ortsgruppe Heidelberg im Loch Ness in Wiesloch

Es spielen die Hardcore-Bands **STACK**, **MAN VS. HUMANITY** und **SABETIN**.

Beginn: 20.00 Uhr, Loch Ness, Wiesloch

Veranstaltet von der Anti-Hippie-Liga

Do. 19.11.
Veranstaltung in MA — 20.15 Uhr

Michel Foucault: Das Rätsel der Macht

»Die Faszination, die das Denken Foucaults auf die akademischen Intellektuellen, ob links oder rechts gestrickt, bis heute ausübt, hat ihren Grund, wie zu vermuten ist, weniger in der Originalität dieses Denkers (mit der es tatsächlich nicht weit her ist, fügt er doch dem, was Nietzsche und Heidegger längst gesagt haben, rein gar nichts hinzu), sondern in der Wirklichkeit des Kapitals selbst. (...)

Um eine Kritik dieser, auch die verbliebenen Reste der Linken weiterhin affizierenden Faszination des Grundgedanken Foucaults leisten zu können, ist es unerläßlich, sich darauf einzulassen, wie dieser Theoretiker (...) die Wirklichkeit er-

faßt. Darin, daß er die Wirklichkeit des Kapitals in ihrer Rätselhaftigkeit richtig - aber im verkehrten Bewußtsein - darstellt, erweisen er und mit ihm all seine Jünger sich als Ideologen, d. h. als Leute, deren Berufung es ist, das Denken mittels des Denkens daran zu hindern, praktisch, d. h. vernünftig zu werden.«

Referent: Manfred Dahlmann, Freiburg

Beginn: 20.15 Uhr, Anderer Buchladen Mannheim

Beitrag: 5,- DM

Veranstaltet von der Rosa Luxemburg Gesellschaft

Sa. 21.11.
Single-Party im AZ 22.00 Uhr

HAMMER SUCHT SICHEL - Die Party für Singles und solche, die es werden wollen im Autonomen Zentrum Heidelberg (AZ)

»Nach dem atemberaubenden Erfolg des letzten Jahres kündigt das allseits beliebte **Disco- und Spaß-Team** (u. a. bekannt als Veranstalter der *„AZ bleibt AZ"*-Karneval-Parties) eine wieder einmal alles Bisherige in den Schatten stellende Neuauflage der Single-Party *HAMMER SUCHT SICHEL* an. Das amourös-autonome Publikum erwartet in dieser Nacht ein kunterbuntes und selbstverständlich total verrücktes Show- und Mitmachprogramm, bei dem neben der/dem lange ersehnten Traumpartner/in auch viele tolle Traumpreise zu ergattern sind. Eine Superstimmung mit heißen Rhythmen bis zum Morgengrauen garantieren die DJ(ane)s der Erotomanischen Weststadt. Der Reinerlös geht an die Initiative **pro libido** der Autonomen Antifa Heidelberg.«

Beginn der Disco: 21.00 Uhr
Beginn des Programms: 22.00 Uhr

Veranstaltet vom Disco-und-Spaß-Team der Autonomen Antifa HD

Sa. 05.12.
Konzert im AZ — **20.00 Uhr**

A wie ABBA

Wenn es überhaupt irgendwelche „Götter" des PoPs gibt, dann haben zweifellos ABBA diesen Titel verdient. Kaum eine andere Band hatte so viele HITs in so kurzer Zeit - weltweit!

Grund genug für uns, am göttlichen Lack zu kratzen...

A wie ABBA

Das heißt, sieben verschiedene Bands der unterschiedlichsten Stilrichtungen covern unvergessliche ABBA-Klassiker. Das hochverehrte Publikum wählt danach die optisch und akkustisch interessantesten Interpreten.

Durch das bunte Programm führ en der aus Funk und Fernsehen bekannte Schriftsteller, Medienmogul, Kosmopolit und Punkrocker Klaus N. Frick und seine charmante Assistentin.

Vor und nach den Live-Darbietungen gibt es noch viel Musik (mit den DJ's vom „Disco Inferno") und einiges mehr...

Veranstaltet vom VEB laut & lästig

Fr. 18.12.
Blockade in Frankfurt — **morgens**

Blockade und Aktionen gegen die geplante Aktionärsversammlung der „IG Farben in Auflösung"

Unter dem Motto „*IG Farben auflösen - ZwangsarbeiterInnen entschädigen - Kapitalismus abschaffen!*" soll die Hauptversammlung zusammen mit dem Auschwitz-Komitee, der VVN/BdA, der AA/BO und möglichst vielen weiteren Menschen undurchführbar gemacht werden. Mittlerweile ist bekannt geworden, daß es äußerst unsicher ist, ob die „IG Farben in Auflösung" aufgrund des öffentlichen Drucks überhaupt Räumlichkeiten in Frankfurt finden wird. Jedenfalls: Sollten sie es schaffen, dann fahren von Heidelberg aus Leute mit dem Zug nach Frankfurt. Von daher ist die Abfahrtszeit noch nicht bekannt. (Achtet auf aktuelle Ankündigungen)

Treffpunkt: Hauptbahnhof Heidelberg
[*Näheres dazu in der letzten* Sabo]

Nichts ist vergessen ...

Aufruf zum Boykott gegen jüdische Geschäfte der NSDAP • 1933

In der Nacht zum 10. November 1938 wurde in Weinheim die Synagoge von SA-Truppen gesprengt, Schaufenster jüdischer Geschäfte eingeschlagen und die Wohnungen jüdischer WeinheimerInnen verwüstet. Die Angriffe gegen die jüdische Bevölkerung am 9. November 1938 wurden von den Nationalsozialisten zynisch als „Reichskristallnacht" bezeichnet. Diese Reichspogromnacht leitete die Verschleppung der JüdInnen in die Konzentrationslager ein - in ganz Deutschland.
Bei den Angriffen gegen die jüdische Bevölkerung am 9. November 1938 wurden über 90 Jüdinnen und Juden von den Nazis ermordet, mehr als 60 Synagogen zerstört und zahllose Wohnungen verwüstet.
Die Pogrome stellten damals einen vorläufigen Höhepunkt des breit verankerten Antisemitismus in Deutschland dar, an dessen Ende die Shoa, also die systematische Masenvernichtung der jüdischen Bevölkerung, stand.
Am 60. Jahrestag der Reichspogromnacht wollen wir gemeinsam mit anderen linken Gruppen, Verbänden und Gewerkschaften ein Zeichen setzen. Die Gedenkdemonstration am 9. November soll an die Ereignisse der Reichspogromnacht und an die Opfer des Nazifaschismus erinnern. Die Initiative für die Demonstration geht insbesondere von den SMV´s der Schulen in Weinheim und der Region aus.

... und Niemand!

Lassen wir also die Verbrechen des Nationalsozialismus niemals in Vergessenheit geraten. Die Vergangenheit mahnt uns zu Toleranz und Menschlichkeit.

9. November 1998

– 60. Jahrestag der Reichspogromnacht

➲ Gedenkdemonstration • Weinheim

9. November 98 • 17:00 Uhr • Eingang Fußgängerzone

JUZ MA

selbstverwaltet

Antifaschistisch

Termine im November 1998

DO, 05.11. Infoveranstaltung der Wildcat zu Indonesien 19 Uhr

FR, 13.11. Spiritual - Night (Gothic-Dark Wave-Disco) 22 Uhr

SA, 14.11. N.E.W.I.W. vs. KREISLAUF 23 Uhr

SA, 21.11. Krempelmarktfrühstück ab 8 Uhr
Ska-Konzert mit DAS RIND (Gießen) und
IH SKA (Gießen) 20 Uhr

DO, 26.11. Billigbiertag 19.30 Uhr

FR, 27.11. Newcomer-Konzert mit SCARY SAD (Pop-Punk), KOMA (Deutsch-Punk) und THE JELLY BELLS (Ska-Punk) 20 Uhr

SA, 28.11 HipHop-Konzert 20 Uhr

Regelmäßige Termine:

Jeden Dienstag: Vollversammlung ab 19°°
Jeden Donnerstag: Freiraumcafé, Vokü ab 19°°, Infoladen ab 20°°
Jeden Sonntag: RollenspielerInnen-Treffen ab 13°°

JUZ Mannheim in Selbstverwaltung "Friedrich Dürr"
Neuer Meßplatz Tel./Fax : 0621/305144
Postfach 121965 68070 Mannheim